



GRIECHENLAND Aufbau der Festung Europa	Seite 4
LADENDIEBSTAHL Kameras gegen die Umverteilung	Seite 8
ORGANISIERUNG Klassenkampf im Kinderhort	Seite 12
GESUNDHEIT Was richten Sparmassnahmen an	Seite 14



PANDEMIE

Covid-19 oder die Krise der gesellschaftlichen Reproduktion

«Die Tradition der Unterdrückten belehrt uns darüber, daß der ‚Ausnahmestand‘, in dem wir leben, die Regel ist.»

(Walter Benjamin, 1940).

(az) Wem schien anfangs März die Welt noch in Ordnung? Uns nicht. Erdogan hatte den Flüchtlingsdeal mit der EU gekündigt, weil die türkische Armee sich mit ihrer Offensive in Idlib in Syrien verzettelt hatte. Auf Griechenland jagten faschistische Banden Geflüchtete. Angela Merkels EU weigerte sich, 13'000 Menschen aufzunehmen. In Chile wüteten die Gewaltexzesse der Repression gegen die Aufständischen. Nein, die Welt war alles andere als in Ordnung. Aber all das scheint lange her.

Denn die Coronakrise übertrifft in Europa jede Erfahrung seit dem Zweiten Weltkrieg. Offensichtlich ist es eine gesundheitliche, wirtschaftliche und politische Krise. Was die Zukunft bringt, weiss niemand, wir natürlich auch nicht. Was sich vor unseren Augen abspielt, ist eine ständig bewegliche Situation, bei der es um Menschenleben gegen Profit geht, um die Art und Weise, wie politische Herrschaft ausgeübt und wie das Zusammenleben gestaltet wird. Es könnte sein, dass das, was wir erleben, eine beispiellose Krise der gesellschaftlichen Reproduktion ist, das heisst, der Art und Weise, wie Leben

und Überleben in der kapitalistischen Weltgesellschaft hergestellt und erhalten werden.

Wer bewegt sich?

Die Pandemie zeigt, dass wir verletzlich sind. Darin könnte eine fundamentale Grundlage für gesellschaftliche Gleichheit liegen. Das wäre eine Basis, auf der eine Gesellschaft die Alten und Kranken schützt. Was heute aber geschieht, ist so ziemlich das Gegenteil. Zwar sind einem Virus Klassen, Geschlechter und Hautfarben egal; das ist die biologische Logik der Krankheit. Daneben gibt es aber die gesellschaftliche Logik der Krankheit, und hier ist Gefährdung enorm ungleich verteilt: ob im Knast, im Flüchtlingslager, im Spital, im Altersheim, im Verteilzentrum, im Supermarkt, in den Bahnhöfen. Es lohnt, daran zu erinnern, dass die ersten Mobilisierungen in dieser Krise die Knastrevolten Italiens waren, die in 49 der 189 Gefängnisse des Landes aufgeflammt waren – andere Zahlen sprechen von 29 Revolten – und in deren Verlauf 14 Personen getötet wurden.

Auch weitere Gefährdungszonen werden kurzzeitig zu Frontlinien. In den Amazon-Verteilzentren Frankreichs kommt es zum Aufruhr, weil die Schutzvorschriften systematisch missachtet werden. Velokuriere sehen sich als

Kanonenfutter. Das Genfer Baustellenverbot wurde nur eingeführt, weil die Bauarbeiter gestreikt hatten. Sie waren dem Vorbild italienischer ArbeiterInnen gefolgt, die bereits seit Anfang März Fabriken bestreiken. Erst als Reaktion auf die Genfer Streiks fuhr Implenia schweizweit die Arbeit auf den Baustellen herunter.

Wie wird die Krise abgewälzt?

Staatschefs, Notenbanken und Patrons koordinieren sich schnell. Auf einmal sind Dinge möglich, die unter dem Dogma des Neoliberalismus als Sakrileg galten. In Spanien, wo mit Austeritätspolitik das Gesundheitswesen kaputtgespart wurde, sind kurzerhand die Privat-spitäler verstaatlicht worden. Italien, das europäische Epizentrum der Pandemie, wurde auch deshalb so hart getroffen, weil dort aufgrund des Drucks der Europäischen Zentralbank seit 2011 rund 15 Prozent der Spitäler geschlossen wurden.

Fortsetzung auf Seite 7

Inhalt

- 3 Deutschland und der Krieg
- 3 30 Jahre US-Invasion in Panama
- 4 Wenn alle von Solidarität reden
- 5 Grenzpolitik in Coronazeiten
- 5 Nicht jedes Zuhause ist ein sicherer Ort
- 6 Kapitalismus und Viren
- 8 Ladendiebstahl: Zap Zarap!
- 9 Automatisierung? Denkste!
- 10 Chile: «Somos la generación que no tiene miedo»
- 11 Kolumbien zwischen Massenmobilisierungen und Repression
- 12 «Wir HortnerInnen trauten uns, endlich unsere Meinung zu sagen»
- 13 Kapitalisierung von Gastfreundschaft
- 14 Kapitalinteressen machen krank
- 15 Lesetipps
- 16 Spiegel der Proteste in Santiago de Chile

POLITISCHE GEFANGENE

Gefängnisrevolten gegen Isolation

In Italien kam es nach der Verkündung von Isolationsmassnahmen wegen Corona in bis zu 50 verschiedenen Knästen zu Auseinandersetzungen. In Modena starben dabei acht Insassen. In der süditalienischen Stadt Foggia konnten die Gefangenen einen Teil des Gefängnis Komplexes unter Kontrolle bringen, wobei über 50 Menschen die Flucht gelang. Doch nicht nur innerhalb der Gefängnisse wurde heftig gekämpft. In Rom blockierten Angehörige und SympathisantInnen mit Barrikaden eine zentrale Verkehrsachse vor dem Knast, während hinter den Knastmauern Matratzen in Brand gesteckt wurden.

Die Protestwelle wurde durch die Order ausgelöst, dass ab sofort keine Besuche und Freigänge mehr möglich sind. Besuchskontakte sowie Freigänge vor der Entlassung sind für Gefangene die einzige richtige Verbindung zur Aussenwelt und essentiell für den Erhalt sozialer Bindungen. Die Kontaktsperre bedeutet starke Isolation und ein Gefühl des absoluten Ausgeliefertseins. Zudem grassiert die Angst vor einer Ansteckung unter den Insassen der seit Jahrzehnten überfüllten italienischen Gefängnissen. Die von den PolitikerInnen gepredigte «häusliche Selbst-Isolation» und «Social Distancing» ist unmöglich.

In Frankreich und Brasilien kam es ebenfalls zu Meutereien und Aufständen. In Brasilien gelang dabei mindestens 1'375 Gefangenen die Flucht. Auch in Zürich ist die Stimmung in den Knästen am Brodeln. Eine Aufseherin, welche kürzlich aus Italien zurückgekehrt ist, wurde positiv auf das Coronavirus getestet. Nun soll das im vergangenen Dezember geschlossene Gefängnis Horgen als Quarantänestation für infizierte Gefangene wieder den Betrieb aufnehmen.

Auch in diesem Bereich sieht man wie die Corona-Krise die Widersprüche des Kapitalismus vertieft und sie schonungslos zu Tage bringt. Dabei werden die Menschen, welche im «Normalzustand» bereits unter den kapitalistischen Bedingungen leiden, besonders hart getroffen. So war die Welt für PflegerInnen, welche tagtäglich Überstunden leisten, oder für Menschen, die im griechischen Lager Moria auf Einlass in die Festung Europa hoffen, auch vor dem Ausbruch der Epidemie nicht in Ordnung. Das Virus ist nicht das grundsätzliche Problem, sondern der Kapitalismus.



Solidarität ist unsere Waffe

Rote Hilfe Schweiz ★ rotehilfesch.noblogs.org



Editorial

(red) Wir befinden uns in einer Krise mit einer Reichweite, die die meisten von uns so noch nie erlebt haben. Es scheint seit Wochen kein anderes Thema mehr zu geben, ob in den bürgerlichen Medien, persönlichen Gesprächen oder am Arbeitsplatz als die Corona Pandemie. Klar ist, dass das Virus nicht zwischen arm und reich oder besitzend vs. lohnabhängig unterscheidet. Dass dies das herrschende System tut, wird in Zeiten wie diesen jedoch deutlicher denn je.

Das Nachsehen haben etwa prekär arbeitende Werktätige oder Sans Papiers, die keinerlei Reserven haben und auf Sozialhilfe oder gänzlich auf Hilfsorganisationen angewiesen sind. Im Gesundheitswesen werden die Arbeitsbedingungen verschlechtert. ArbeiterInnen, welche für unsere Nahrung sorgen oder effektiv wertschöpfende Tätigkeiten ausüben, werden in den meisten Kantonen ohne Skrupel stärkeren Gefahren ausgesetzt. Ebenso unzimperlich wird im Asylrecht mit der Weigerung Gesuche entgegenzunehmen, gegen die Verfassung verstossen und die bürgerlichen Grundrechte eingeschränkt.

Es sind solche historische Situationen, in welchen sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verändern können und Entwicklungen angestossen werden können, entweder in Richtung Sozialismus oder Barbarei. Für die revolutionäre Linke ist es umso wichtiger, diese Entwicklungen aus einer materialistischen Perspektive zu analysieren und zu beeinflussen.

Auch aus diesem Grund widmen wir den Schwerpunkt dieser Nummer einer Analyse aktueller Geschehnisse rund um die Pandemie und ihren gesellschaftlichen Folgen. Da sich die Situation jedoch sehr schnell verändert, ist dies als Momentaufnahme von Ende März zu verstehen.

Ebenso wichtig ist es allerdings, die Themenvielfalt beizubehalten und aufzuzeigen, dass andere Themen und Widersprüche mit dem Virus nicht verschwunden sind. Die Repression gegen die Flüchtlinge in Griechenland hat sich verschärft. In Lateinamerika dauern revolutionäre und feministische Kämpfe an. Solidarische Strukturen, Widerstand sowie eine Organisierung von unten entstehen auch jenseits von Corona. Und: Der 1. Mai bleibt auch in diesem Jahr der Kampftag der ArbeiterInnen.

Für neue Leserinnen und Leser:

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

IMPERIALISMUS

Deutschland und der Krieg

An der Münchner Sicherheitskonferenz besteht Einheit in der Analyse der Lage: Die EU ist perspektiv- und dadurch zunehmend machtlos.

(gpw) Der Fokus der diesjährigen Sicherheitskonferenz in München war «Westlessness», zusammengefasst als «ein weitverbreitetes Gefühl des Unbehagens und der Rastlosigkeit angesichts wachsender Unsicherheit über die Zukunft und Bestimmung des Westens». Was phrasenhaft klingt, entspringt der verqueren Logik des militärisch-industriellen Komplexes des Kapitals, in welcher Sicherheit der Fähigkeit zur kriegerischen Aggression entspricht. Angesichts von Diagnosen des NATO-Hirntods durch den französischen Präsidenten Macron oder der gegenwärtigen militärischen Bedeutungslosigkeit der EU sowie Deutschlands kein überraschender Fokus also, denn die innerimperialistischen Widersprüche erscheinen zu gross, als dass alle gemeinsam an einem Strick ziehen würden.

Weniger Einheit besteht hinsichtlich der Frage, wie dieser Diagnose zu begegnen ist. Offensiv versucht die deutsche Fraktion Einfluss zu gewinnen, indem einerseits ganz allgemein mehr Mut zu deutschem Krieg eingefordert wird und andererseits über die EU versucht wird, sich einen Zugriff auf die französischen Atomwaffen zu sichern. Wolfgang Ischinger, der Konferenzleiter, fordert in diesem Sinne das Militärische (wieder) in den Instrumentkasten der deutschen Machtpolitik zu packen, während Aussenminister Maas die Erweiterung der Maxime fordert, wonach die Sicherheit Deutschlands am Hindukusch verteidigt werde. Ergänzend soll diese Sicherheit nun unter anderem in Libyen und in der nordafrikanischen Sahel-Zone verteidigt werden, womit klar sein sollte, dass hier Sicherheit auch die militärische und frühzeitige Abwehr von durch die imperialistische Politik ausgelösten Flüchtlingsströmen bedeutet.

Noch eine Armee

Sigmar Gabriel, Vorgänger von Heiko Maas als SPD-Aussenminister und Neo-Aufsichtsrat der Deutschen Bank, skizziert in seiner Eröffnungsrede der Konferenz, wie sich Deutschland die Wiedergewinnung militärischer Mitsprache möglichst ohne eigene Kosten vorstellt, nämlich über Europa. «Europa braucht auch eine gemeinsame Machtprojektion in der Welt. Sie darf sich nie auf das militärische allein konzentrieren, aber sie darf auch nicht vollständig darauf verzichten.» Übersetzt: Europa – spricht die EU – soll mit der Entwicklung eigener militärischer Kapazitäten vorwärtskommen, durch welche die ökonomische Macht der EU (Deutschland) unter Rückgriff auf die militärische Macht der EU (Frankreich) ihren wieder erweiterten Instrumentkasten der Machtpolitik bedienen kann (bei gleichzeitiger Unabhängigkeit von der NATO und den USA, versteht sich).

Dazu passt der Vorschlag der Arbeitsgruppe Sicherheits- und Verteidigungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, eine europäische Interventionstruppe als 28. Armee (die EU hat derzeit 27 Mitgliedstaaten) zu gründen. Vorgeschlagen wird eine 1500 SoldatInnen umfassende Interventionstruppe, die parallel zu den bestehenden Armeen der einzelnen Staaten aufgebaut wird und die Sou-



Gegenstand deutscher Begierde: Das französische U-Boot «Le Terrible», bestückt mit Atomwaffen.

veränitätsrechte der Mitgliedstaaten nicht beeinträchtigt. Verschämt drückt sich das Papier um die Frage, wo die Befehls- und Kommandogewalt der Truppe angesiedelt werden soll. Für die AutorInnen des Papiers ist aber klar, dass dies keinesfalls die 27 Mitglieder nach dem Einstimmigkeitsprinzip sein können. In guter kapitalistischer Manier stellen sie fest, dass damit «kein wirklicher Mehrwert gegenüber den EU-Battlegroups bestünde». Diese sind bekanntlich nie zum Einsatz gekommen.

Force de Frappe

Um den Hintergrund dieser Kapriolen zu verstehen, drängt sich ein Blick in die Geschichte auf. Um nach 1945 ein Wiedererstarken des deutschen Militarismus zu verhindern, verboten die Siegermächte, also die Sowjetunion, die USA und Grossbritannien, Deutschland nach der Niederlage des Faschismus den Aufbau einer Armee und damit selbstredend einer atomaren Bewaffnung. Zwar setzte sich die BRD mit dem 1955 beginnenden Aufbau der Bundeswehr erfolgreich über das Armee-Verbot hinweg. Die eigene Atombombe ist aber nach wie vor zumindest in der öffentlichen Diskussion ein Tabu. Dennoch liebäugeln deutsche PolitikerInnen und Militärs mit der eigenständigen atomaren Bewaffnung und lassen entsprechend immer wieder Testballons steigen, wie sie sich Zugang zu diesen dennoch sichern könnten.

Nach dem EU-Austritt der Atommacht Grossbritannien und der Verlagerung der militärischen Interessen der USA auf den südpazifischen Raum setzt Deutschland aktuell auf eine «Kollektivierung» der Force de Frappe, wie die französische Atombewaffnung genannt wird. Diesem Ansinnen erteilte der französische Präsident Macron in einer Rede kurz vor der Konferenz in München allerdings eine klare Absage. Stattdessen schlägt Präsident Macron eine gemeinsame europäische nukleare Abschreckung vor,

in welcher allerdings die Force de Frappe weiterhin dem alleinigen Befehl der Grand Nation unterstehen würde. Also sowohl gemeinsam wie nicht. Ein paradoxer Vorschlag, der sich sowohl gegen den deutschen Zugriffsversuch wie auch gegen die nukleare Bewaffnung im Rahmen der NATO richtet.

NATO-Manöver «Defender 2020» gegen Russland

Geübt wird die Verlegung einer US-Division (37'000 Soldaten samt Ausrüstung) von den USA nach Osteuropa, quer durch Deutschland. Die USA demonstrieren ihre Entschlossenheit, die militärische Konfrontation mit Russland in Europa mit oder notfalls auch gegen die europäischen Mächte voranzutreiben. Dazu gehört auch die massive Ausrüstung mit sogenannten taktischen Atomwaffen, über deren Einsatz als abschreckender Erstschlag nicht nur hinter vorgehaltener Hand diskutiert wird. Am 12. März wird das Manöver wegen des Corona-Virus abgebrochen. Der NATO-Generalsekretär nutzt die Gelegenheit, um die bereits mobilisierten Truppen in der Öffentlichkeit als HelferInnen in der Not zu präsentieren. Statt wie vorgesehen in den baltischen Staaten mit einem Panzeraufgebot an der russischen Grenze den Krieg zu üben, unterstützen die NATO-SoldatInnen nun den Grenzschutz.

LATEINAMERIKA

30 Jahre US-Invasion in Panama

1989 führte die USA in Panama die grösste Luftlandeoperation seit dem 2. Weltkrieg durch und versuchte so, langfristig ihre Interessen zu sichern.

(gpw) Ende 1989 schickte Bush senior mit der Äusserung «okay, let's do it. The hell with it!» über 26'000 Mann in das kleine, jedoch geostrategisch äusserst wichtige Land, das Mittel- und Südamerika verbindet. Vordergründiges Ziel war die Absetzung des militärischen Machthabers Manuel Noriega. Bis heute wird die US-Invasion immer wieder als gute Tat dargestellt, welche Panama Freiheit und Demokratie brachte.

Panamakanal

1903 spaltete sich Panama von Kolumbien ab. Kurz darauf sicherte sich die USA mit einem Pachtvertrag das alleinige Verfügungsrecht über einen 80 Kilometer langen und 16 Kilometer breiten Landstreifen, der quer durch das Land führte. Bis 1914 wurde auf diesem Streifen der Panamakanal für grosse Frachtschiffe gebaut, der den Welthandel zwischen Atlantik und Pazifik deutlich erleichterte. Zeitsprung: 1977 handelte

Omar Torrijos, der sozialreformerische Militärgeneral, der an der Macht war, mit US-Präsident Jimmy Carter zwei Verträge aus, die die schrittweise Abtretung des Kanals an Panama bis Ende 1999 vorsah. Die USA behielten sich das zeitlich unbegrenzte Recht zur Intervention vor, sollten ihre Interessen am Kanal bedroht sein. Torrijos starb 1981 bei einem Flugzeugabsturz, der möglicherweise von der CIA eingefädelt worden war.

Seit den 1970er Jahren stand Manuel Noriega auf der Lohnliste der CIA und übernahm 1983 die Macht in Panama. Er bildete mit Unterstützung der USA nicaraguische Contra-Kämpfer aus, die gegen die linke Regierung der Sandinisten kämpften. Panama diente als Drehscheibe von illegalen Waffenlieferungen der USA an den Iran, mit deren Erlösen die Contras finanziert wurden. Die USA übersahen als Gegenleistung Noriegas Verwicklungen mit dem Drogengeschäft.

Operation «Just Cause»

Ende 1986 wurde der sogenannte Iran-Contra-Skandal publik, womit Noriega seine Bedeutung für die US-ameri-

kanische Geopolitik verlor und plötzlich der Böse war. Während die panamaische Elite das Ende der Militärdiktatur feierte, und die US-Invasion sogar gefordert hatte, bezahlten wohl mehrere Tausend PanamenierInnen der Arbeiterklasse mit dem Leben, da vor allem die Armenviertel angegriffen worden waren. US-Soldaten verscharrten viele von ihnen in anonymen Massengräbern. Noriega wurde zu einer langen Haftstrafe wegen Drogenhandel und Schutzgelderpressung verurteilt.

Hinter dem Überfall standen zwei US-Interessen: Zum einen wollte der US-Imperialismus seine Interessen wahren, indem der Kanal 1999 nicht abgetreten werden muss und eine langfristige Militärpräsenz gesichert wird. Ausserdem konnten sie neue Waffen in der Praxis erproben, so beispielsweise Tarnkappenbomber, die für eine solche Operation nicht nötig gewesen wären.

Eine breite Allianz aus Opfern der Invasion, Gewerkschaften und Studierenden wehrten sich schliesslich erfolgreich gegen eine Neuverhandlung der Panamakanal-Verträge, sodass am 31. Dezember 1999 der Kanal der Panamakanal-Behörde übergeben wurde.



Vor, während und nach Corona. Parole an einer Autobahn bei Zürich.

GRIECHENLAND

Wenn alle von Solidarität reden

Mit der Ausbreitung des Coronavirus scheinen die Herrschenden den Begriff der Solidarität für sich entdeckt zu haben. Wie verlogen diese inszenierte Solidarität ist, zeigt ein Erlebnisbericht von Europas Aussengrenze, wo tausende von geflüchteten Menschen vor der Verelendung stehen.

(agafz) Das Wort Solidarität ist momentan in aller Munde und sogar in der bürgerlichen Presse ein Kassenschlager. In Zeiten des Coronavirus herrscht vom Bundesrat bis zur NZZ Einigkeit: Generationsübergreifende Hilfe ist nebst den ganzen freiwilligen Einschränkungen gelebte Solidarität. Diese Form von Solidarität ist notwendig und entstand vielerorts spontan, sie ist ein echter Kern solidarischer Selbstorganisation. Diese Solidarität wird aber von oben instrumentalisiert und nimmt einen individualisierenden und moralisierenden Charakter an. Der öffentliche Fokus auf das individuelle Verhalten hat eine ideologisch legitimierende Funktion für die bestehende Gesellschaftsordnung, indem er die Verantwortung systemischer Akteure und Mechanismen ausblendet. So nimmt der Begriff der Solidarität einen strategischen Charakter an: Je mehr es gelingt die Bevölkerung zu disziplinieren, desto weniger müssen für die Wirtschaft einschneidende Massnahmen getroffen werden. Je mehr die Konsequenzen auf das Individuelle Handeln zurückgeführt werden, desto besser gelingt es dem System seine Legitimität zu retten.

Diesbezüglich ist es als Linke einerseits wichtig, diesen realen Solidaritätseilan zu unterstützen und Teil davon zu sein. Gleichzeitig muss aber gesagt werden, dass es nicht erst seit dieser Pandemie Gründe gibt, weshalb wir uns solidarisch verhalten sollen. Das wird auch nicht mit der Entspannung der gesundheitlichen Lage vorbei sein. Für den entlassenen Maurer, die Ärztin im Burnout, die Geflüchteten in Notunterkünften, die Obdachlosen auf der Strasse, die Frauen welche von häuslicher Gewalt betroffen sind und viele andere ist Solidarität die Grundlage für das kollektive Handeln, für Widerstand. Somit ist unser Begriff der Solidarität ein politischer: Solidarität ist nicht nur gegenseitiges Mitempfinden und Hilfe, sondern eine Waffe im Kampf für eine gerechtere Welt. Im aktuellen internationalen Kriegskontext heisst das zum einen, die praktische Solidarität mit Geflüchteten zu organisieren sowie Rassismus zu bekämpfen, aber auch dem Krieg kein ruhiges Hinterland zu lassen und auf die hiesigen Verantwortlichen Druck aufzubauen.

So macht die EU beispielsweise ihre Grenzen dicht während sie gleichzeitig an internationale Solidarität im Kampf gegen die Pandemie appelliert. Dazu hat sie, als vor ein paar Wochen die Situation an der griechisch-türkischen Grenze eskalierte, ihre vollkommene Unterstützung für die menschenverachtende Grenzpolitik der griechischen Regierung erklärt und sich um die Rettung des dreckigen Flüchtlingsdeals mit der faschistischen Regierung Erdogans bemüht. Was diese Tatsachen, zusammen mit den Entwicklungen seit dem letzten Regierungswechsel in Griechenland sowie der drohenden Gesundheitskrise bedeuten, wollen wir mit einem Aktivistin und einer Aktivistin eruiieren, welche in diesem Frühjahr nach Griechenland reisten.

Mögt ihr etwas zu eurer Reise nach Griechenland erzählen?

Wir waren in den ersten Wochen des aktuellen Jahres, also noch kurz vor der Corona-Krise, an der griechischen Küste. Es war das Ziel mit unserer «Küche auf Rädern» mit Geflüchteten zu kochen und damit praktische Solidarität zu zeigen. Seit Erdogan als Druckmittel auf die EU die türkischen Grenzen geöffnet hat, haben viele Geflüchtete ihre Reise nach Mitteleuropa fortgesetzt. Sowohl auf dem Land-, als auch auf dem Seeweg. Teilweise wurden die Menschen auch mit Gewalt über die Türkische Grenze getrieben, nur um in Griechenland neue Gewalt zu erfahren und doch nicht willkommen zu sein. Viele Geflüchtete sind aktuell auf den Inseln Samos und Lesbos, aber auch auf dem Festland in Camps gestrandet. Mit unserer Küche und teilweise zusammen mit Aktivistinnen und Aktivisten eines Kino auf Rädern waren wir an verschiedenen Schauplätzen präsent.

Wie habt ihr die Situation vor Ort erlebt?

Seit dem Jahr 2016, als wir das letzte Mal in Griechenland waren, hat sich die Situation dramatisch verändert. Der Regierungswechsel letzten Sommer hin zu einer rechten Regierungskoalition um Mitsotakis Nea Dimokratia hat dazu geführt, dass deutlich härter gegen Geflüchtete vorgegangen wird. Man will mit den MigrantInnen aufräumen, vor allem auf den griechischen Inseln. Dort wo vorher die verschiedenen Hilfsprojekte eher willkommen waren (auch weil sie eigentlich staatliche Aufgaben gratis übernahmen), gilt jetzt Nulltoleranz. Grosse Internierungsknäste sollen gebaut werden, um die Lager zu ersetzen und den Solidaritätsprojekten wird mit deutlich mehr Repression begegnet. Es können sich nur noch grosse NGOs die neuen erschwerten Bewilligungsprozedere leisten, die mit vielen einschränkenden Auflagen einhergehen. Selbstorganisierte Projekte von unten haben keine Chance mehr. Somit hat sich die Dichte an Hilfsangeboten bei den Flüchtlingscamps deutlich ausgedünnt.

Da wir uns aufgrund der Berichte wenig Chancen ausrechneten, auf den Inseln aktiv werden zu können, haben wir zuerst eine Gassenküche für Migrantinnen und Migranten in Thessaloniki unterstützt sowie weitere Projekte auf dem Festland. Später wollten wir trotzdem noch, als Touristen getarnt, einen Augenschein auf der Insel Samos nehmen, zumindest um die Zustände dokumentieren zu können. Wir wurden gleich bei der Einreise von zivilen Bullen bis auf die Unterhosen kontrolliert. Die Devise ist klar: Solidarität mit Geflüchteten ist unerwünscht. Die Inseln Lesbos und Samos, wo aktuell viele Geflüchtete gestrandet sind und in Camps festsitzen, befinden sich quasi in einem Belagerungszustand des griechischen Polizei- und Militärapparates. Ebenso tummeln sich Kräfte von Frontex.

Wie verhält sich die Bevölkerung auf den Inseln?

Mit der Prekarisierung der Lage in den Flüchtlingslagern verschlechtert sich zugleich das Verhältnis zu der

lokalen Bevölkerung. Die Leute auf der Insel haben einen erhöhten Leidensdruck. Dies ist subjektiv sicher auch verständlich: Touristen bleiben aus, im Winter wird in Autos eingebrochen, um sich vor der Kälte zu schützen, es entstehen Camps in Olivenhainen, diese werden für Brennholz abgeholzt, etc... Insgesamt herrscht aktuell eine angespannte Stimmung, Solidarität der Inselbevölkerung mit Migrantinnen und Migranten ist weniger zu spüren als noch 2016. Dies hat zumindest teilweise auch mit dem Klima der Einschüchterung zu tun, welche gegen lokale Aktivistinnen und Aktivisten betrieben wird. Einschüchterung in der Nachbarschaft, von den Repressionsorganen, aber auch von faschistischen Strukturen. Viele von denen, die solidarisch geblieben sind, haben Angst.

Die Stimmung hat sich seit dem Beginn des Jahres noch weiter verschärft. Aktuell hat der Staat auf Samos Land enteignet, um darauf ein Knast für die Geflüchteten zu bauen. Dagegen formierte sich Widerstand sowohl aus rechtem wie auch aus gewerkschaftlichem Lager, und die lokalen Behörden würden gerne das Problem auf das Festland verlagern. Zusätzlich gab es noch Demonstrationen von Geflüchteten, die gegen ihre Situation protestierten. In Lesbos sieht es noch schlimmer aus. Vor diesem angespannten Hintergrund kam der Entscheid der türkischen Regierung, die Grenze nach Griechenland aufzumachen.

Was passierte da, und wie haben sich faschistische Strukturen verhalten?

Seit sowohl der Staat als auch die lokalen Behörden die Solidaritätsprojekte, welche die Lage erträglich machten, niederschlug, verschlechterte sich die allgemeine Situation auf den Inseln. Dennoch ist der Staat zu schwach, um seine repressive Lösung umzusetzen, also Internierung und dann Umverteilung oder Deportierung. Somit kam es in einer schon zugespitzten Situation mit der Ankündigung Erdogans zu einer Explosion. Faschistische Strukturen haben auf Lesbos zeitlich Machtansprüche umgesetzt. Sie errichteten Checkpoints auf den Strassen und führten pogromartige Übergriffe durch: Geflüchtete, welche auf Booten ankamen, wurden attackiert und ihnen den Weg retour aufs Meer gewiesen, Journalisten wurden angegriffen und Hilfskräfte der NGOs wurden verprügelt. Es gab sogar einen Brandanschlag auf Infrastruktur von Hilfsorganisationen.

Mit dem aktuell grassierenden Coronavirus hat sich die Situation wohl nochmals verändert und verschärft. Die Faschisten, die vom Festland oder Ausland anreisen, sind zwar vermehrt wieder abgezogen, die Situation in den Flüchtlingscamps wurde aber nochmals prekärer: Auf Videoberichten sieht man nicht funktionierende Wasseranschlüsse und leere Seifenspender. Die geschlossenen Grenzen in ganz Europa behindern das Weiterreisen. Viele Menschen sitzen irgendwo im Niemandsland fest.



Transparent in Zürich anlässlich der Coronapandemie.

MIGRATION

Grenzpolitik in Coronazeiten

Von Grenzschiessungen, Asylrecht und Ausbeutung und warum die Rede einer Bundesrätin zur Lage an der Italienischen Grenze lesenswert ist.

(agafz) Es war Freitag der 13. März als Bundesrätin Karin Keller-Sutter in ihrer Rede die Schliessung der Grenze zu Italien ankündigte und damit den Grundsatz der offenen Grenzen im Sinne der Schengener Abkommen und der Personenfreizügigkeit ausser Kraft setzte. Ebenso Bemerkenswert wie die Grenzschiessung selbst war die Begründung, die Keller-Sutter für die Schliessung lieferte. Sie führte wörtlich aus, es gelte zu verhindern, dass sich Personen aus Italien in Spitälern in der Schweiz behandeln lassen. Es müssten nun «unsere» PatientInnen behandelt und die Schweizer Bevölkerung geschützt werden. Diese Erzählung von der Notwendigkeit einer Grenzschiessung, um die Schweiz vor dem Einfall kranker und ansteckender ItalienerInnen zu schützen, ist natürlich reaktionäre Ideologie.

Grenzen werden geschlossen...

Die Massnahme der Grenzschiessung hat aber nicht nur ideologische, sondern auch sehr reale Auswirkungen. Erkrankte aus Italien können tatsächlich keine Spitälern in der Schweiz aufsuchen und werden stattdessen ihrem Schicksal und damit teilweise dem Tod überlassen. Sehr reale Auswirkungen hat die Grenzschiessung auch auf Geflüchtete, die in grosser Zahl versuchen Italien unregistriert zu durchqueren, um dann in einem anderen europäischen Staat ein Asylgesuch zu stellen. Sie alle können die Schweizer Grenze nicht mehr übertreten und sitzen in Italien fest. Auch zu ihnen hatte Keller-Sutter am 13. März bemerkenswertes zu sagen und erklärte wörtlich, es gebe keine Notwendigkeit für die Einreise von Asylsuchenden

in die Schweiz, da diese «problemlos» ihr Asylgesuch in Italien stellen könnten. Was Keller-Sutter hierbei unterschlägt ist dreierlei.

Zunächst unterschlägt sie, dass wenn sie keine Geflüchteten in die Schweiz einreisen lässt, auch niemand hier ein Asylgesuch stellen kann. Das Asylrecht in der Schweiz wird damit faktisch ausgehebelt.

Weiter unterschlägt sie, dass es noch nie «problemlos» war in Italien ein Asylverfahren zu durchlaufen. Die dortigen Bedingungen für Geflüchtete sind schon seit Jahren äusserst prekär. Wie prekär musste sogar das – keineswegs geflüchtetenfreundliche – Bundesverwaltungsgericht Ende 2019 anerkennen. Im Entscheid BVGer E-962/2019 stellte das Gericht fest, dass Familien und Erkrankte grundsätzlich nicht mehr nach Italien abgeschoben werden dürfen, denn dort sei die medizinische Versorgung zu schlecht. Selbst das Bundesverwaltungsgericht erachtete es also schon Ende 2019 keineswegs als «problemlos» in Italien ein Asylverfahren zu durchlaufen. Dass sich die Situation mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie seither nochmals eklatant verschlechtert hat, liegt auf der Hand. Was die Bundesrätin sodann unterschlägt, ist, dass sich der Italienische Staat seit dem 26. Februar weigert, abgeschobene Geflüchtete aus anderen Europäischen Staaten zu übernehmen. Gemäss dem italienischen Innenministerium ist aufgrund der Corona-Pandemie insbesondere die gesundheitliche Infrastruktur in Italien dermassen am Anschlag, dass unmöglich weitere Geflüchtete aufgenommen werden können. Damit bricht der Italienische Staat einerseits das Dublin-Übereinkommen und anerkennt andererseits, dass er derzeit über kein funktionierendes Asylsystem mehr verfügt. Wenn die Bundesrätin vor diesem Hintergrund ernsthaft behauptet, alle weiteren, tausenden, noch unregistrierten Geflüchteten, die derzeit in

Italien unterwegs sind und eigentlich in einen anderen europäischen Staat wollen, könnten ihr Asylgesuch «problemlos» in Italien stellen, ist dies an Kaltschnäuzigkeit kaum zu überbieten, passt aber in die von ihr verbreitete reaktionäre Ideologie.

...aber nicht ganz

Ganz geschlossen sind die Grenzen aber nicht, es gibt eine bedeutende Ausnahme, die von der Bundesrätin in ihrer Rede auffallenderweise nicht weiter erklärt wird. Weiterhin in die Schweiz einreisen dürfen sogenannte GrenzgängerInnen. Also Personen die in Italien Leben, aber täglich über die Grenze pendeln um in der Schweiz zu arbeiten. Sie machen im Kanton Tessin rund einen Drittel aller Beschäftigten aus. Gut 4'000 von ihnen sind im Gesundheits- oder Sozialbereich angestellt, weshalb gerade das Tessiner Gesundheitswesen in besonderem Masse auf diese GrenzgängerInnen angewiesen ist. Sie sollen, ja müssen aufgrund ihres Arbeitsvertrages, auch während der Corona-Pandemie täglich in die Schweiz pendeln und in den Tessiner Spitälern zu prekären Bedingungen «unsere» Kranken (O-Ton Keller-Sutter) behandeln. Spätestens vor diesem Hintergrund wird deutlich, was die Grenzpolitik der Schweiz in Coronazeiten ist: geschlossene Grenzen für Flucht, Elend, Not und alles andere. Ausser für die Ausbeutung, hierfür ist die Grenze immer offen.

GEWALT

Nicht jedes Zuhause ist ein sicherer Ort

Die Message, mit welcher sich die parlamentarische Politik diese Tage an die Bevölkerung richtet, ist so einfach wie eindringlich: Bleiben Sie so gut es geht Zuhause. Dieses Zuhause wird mit der bürgerlichen Kleinfamilie gleichgesetzt. Gerade für Frauen und Kinder ist dieses Zuhause jetzt oft nicht die harmonische Blase, als welche sie im bürgerlichen Verständnis vermarktet und reproduziert wird.

(agf) Diverse Expert_innen warnen seit Wochen eindringlich vor einer Zunahme häuslicher und sexualisierter Gewalt während der Selbstisolation. Bei Opferberatungsstellen und Schulsozialdiensten verzeichnet man bereits messbare Zunahmen. Diese Gewalt passiert nicht nachts im Park, sondern in den eigenen vier Wänden, in der so genannten privaten Sphäre, wo auch das Leid, welches den Betroffenen widerfährt, als privat betitelt, politisch marginalisiert und letztendlich unsichtbar gemacht wird. Frust, finanzielle und existenzielle Nöte, ein oftmals gesteigerter Alkoholkonsum und das absolute Wegfallen jeglicher Ausweichmöglichkeit führen nachweislich zu einer Zunahme häuslicher Gewalt. Dabei wird von einigen Expert_innen zwischen situativer Gewalt unterschiedene, welche aufgrund der veränderten Lage in bis dato zumindest oberflächlich intakten Partnerschaften ausbrechen kann und einem Gewaltregime, welches bereits vorgängig bestand, durch die erwähnten Faktoren aber noch an Brutalität zunimmt. Häusliche und sexualisierte Gewalt im so genannten intimen Kontext sind Phänomene, welche quer durch alle Gesellschaftsschichten auftreten.

Vor dem Hintergrund der Covid-19 Krise und der sich daraus abzeichnenden kapitalistischen Krise wird diese Gewalt aber vermutlich proletarische Frauen vermehrt

treffen: Wenn nur wenig Ersparnes auf der hohen Kante liegt und wenn der Job verloren zu gehen droht, dann fürchten sich proletarische Menschen berechtigterweise vor der Zukunft. Wenn zusätzliche Faktoren hinzukommen, wie z.B. nervige Kinder, die mit der Isolation und dem Bewegungsmangel nicht klarkommen oder wenn das Homeschooling Kinder wie Eltern überfordert, dann kann man sich in der engen Dreizimmerwohnung dem Stress nicht entziehen und die Eskalation ist so gut wie vorprogrammiert.

Der Frust und die Angst der Männer angesichts der klassenspezifischen Auswirkungen der aktuellen Lage richtet sich gegen die Frauen in ihrem Umfeld. Darin treten die patriarchalen Strukturen im Kapitalismus zutage: der gesellschaftlich entmachtete Proletarier gibt seine Erfahrung von Ausbeutung und Unterdrückung weiter, besitzt er ja zumindest noch die Gewalt über „seine“ Frau. Laut Schweizer Kriminalstatistik geht häusliche Gewalt, zumindest die registrierte und angezeigte, zu rund 80% von den Männern aus. Dass Frauen als Ventile des männlichen Frustes hinhalten müssen, ist kein Zufall und kein Recht des Stärkeren, sondern Ausdruck pervertierter, patriarchaler Besitzvorstellungen.

Quer durchs Land sind Frauen- und Mädchenhäuser unterfinanziert und überbelegt, es fehlt an adäquaten Ausweichmöglichkeiten für illegalisierte Frauen, Trans*frauen und Kinder. Viele Frauenhäuser müssen einen gewissen Belegungsgrad aufweisen, um überhaupt Subventionen zu erhalten – doch Belegungsgrade fluktuieren und Finanzierungsausfälle führen dazu, dass in Notlagen oftmals nicht genug Betten zur Verfügung stehen. Während Prävention immer noch als Problem und Sache der betroffenen Frauen angesehen wird, wird das Rollenverständnis

der Kleinfamilie zementiert- und mit ihm auch die Gewaltstrukturen.

Die momentane Krise ist nicht nur eine Krise des Gesundheitssystems, des kapitalistischen Profitdiktat und der parlamentarischen Politik, es ist auch eine Krise der Kleinfamilie. Nutzen wir sie, um aufzuzeigen, dass die bürgerliche Mann-Frau-Kind Logik keine unantastbare Entität ist.

Der Frauenkampf ist während der COVID-19 Krise wichtiger denn je. Frauen schufften momentan nicht nur in einem Grossteil der sogenannten systemrelevanten Berufe und setzen als Pflegepersonal an vorderster Front ihre Gesundheit aufs Spiel. Es sind auch sie, die grösstenteils die Kinder zuhause betreuen, weiterhin den Haushalt schmeissen und womöglich noch emotionale Arbeit leisten müssen, um den Stress und Frust der Männer abzufangen.

Die Zustände unter COVID-19 zeigen uns eindringlicher denn je, dass wir andere Strukturen organisieren müssen. Ein gutes und selbstbestimmtes Leben für alle, egal welchen Geschlechts oder Alters, ist möglich. Sorgearbeit muss kollektiviert und die Kleinfamilie hinterfragt werden. Im Privaten, wie auch auf der Arbeit, gilt es Kapital und Patriarchat anzugreifen, denn auch wenn die COVID-19 Krise vorbei ist, dauert die Unterdrückung der Frauen weiter an- und mit ihr die Gewalt.



Eine Brücke in Zürich, die nicht nur Züge, sondern auch eine Botschaft transportiert

GESUNDHEIT

Kapitalismus und Viren

Das Coronavirus ist neu, doch materialistische ForscherInnen haben in den letzten Jahren mehrfach auf den gefährlichen Zusammenhang von Viren und Kapitalismus aufmerksam gemacht. Eine Zusammenfassung wichtiger Thesen in Bezug auf den gesellschaftlichen Charakter von Epidemien und Pandemien.

(az) Am gründlichsten haben sich in den letzten Jahrzehnten wohl Rob Wallace und Mike Davis mit Viren auseinandergesetzt. Davis schrieb intensiv über die historischen Hintergründe von Krankheiten, beispielsweise in seinem Buch «Vogelgrippe. Zur gesellschaftlichen Produktion von Epidemien». Und Wallace befasste sich in seinem Blog «Farming Pathogens» (Landwirtschaftliche Krankheitserreger) jahrelang mit dem Zusammenhang globalisierter Nahrungsmittelproduktionsketten und Grippeviren. Ein wesentlicher Teil dieser Beiträge erschien 2016 in «Big Farms Make Big Flu». Beide Autoren folgen mit unterschiedlichem Schwerpunkt drei zentralen Thesen: Erstens beschleunigt sich die globale Verbreitung von Viren durch Prozesse der kapitalistischen Globalisierung und Landnahme. Dadurch intensiviert der Kapitalismus die Gefahr von viralen Epidemien. Zweitens trägt die kapitalistische Landwirtschaft, insbesondere nach ihrer neoliberalen Reorganisation, zur tödlichen Virenproduktion bei. Drittens hat die Klassengesellschaft Auswirkungen auf den Umgang und die Folgen von Pandemien.

Globale Verkettung

Dass die Massenbewegungen von Arbeitskräften und Waren wie auch die immer steigenden Reisebewegungen der Eindämmung von einmal entstandenen Viren nicht dienlich ist, ist banal. Für Wallace wichtiger ist allerdings die Beobachtung, wie der globalisierte Kapitalismus bisher lokal isolierte Systeme zerstört und in den Weltmarkt integriert. Ist beispielsweise ein Virenstamm in einem begrenzten Ökosystem isoliert, drängt er durch die Zerstörung solcher Systeme auf andere Wirte und verbreitet sich rasant. «Was lokal existierte wird global», fasst Wallace diesen Mechanismus in einem Interview zusammen. Ein Beispiel hierfür ist das vermutlich von Flughunden ausgehende Ebola. Einerseits steigt durch die Verkleinerung von deren Lebensbereiche die Wahrscheinlichkeit der Übertragung von den Tieren auf den Menschen. Andererseits sinken durch Abholzung und Landnahme die natürlichen Grenzen, die den Virus in der Regel daran hindern, sich ausreichend zu übertragen.

Die Einengung der bisherigen Lebensbereiche verstärkt zudem die Mutationsfreudigkeit von Viren. Vereinfacht gesagt verweist Wallace auf einen prägenden Umstand. Im eingeengten Lebensbereich passen sich Viren durch neue Übertragungsmöglichkeiten oder schnellerer Lebenszyklen den neuen Umständen an. In der Regel wären dabei kürzere Lebenszyklen nicht von evolutionärem Vorteil. Trifft das Virus allerdings auf ebenfalls geschwächte Wirte, sind die schnelleren Lebens- und Übertragungszeit Pluspunkte in der Selektion, welcher Virenstamm sich besser verbreiten kann.

Kapitalistische Fleischindustrie als Virenherd

Wallace nennt die Verbindung von industrieller Tierhaltung und (Grippe-)Viren eine «strategische Allianz», weil Viren insbesondere in der Geflügel- und Schweineindustrie aufgrund von beschleunigten Umschlagzahlen auf eine Vielzahl geschwächter Wirte treffen. Dazu vorweg: Die industrielle Produktion von Fleisch hat für die Unternehmen den Vorteil, dass die Produkte günstig herzustellen sind und der Profit gross ist. Wie in jedem anderen Bereich auch optimiert man dazu die Produkti-

onsprozesse. Im Tierbereich führt die intensiviertere und künstlich optimierte Monokultur in vielen Fällen zu einer Schwächung des Immunsystems der Nutztiere, das als natürliche Schranke Übertragungen hemmen könnte. Hinzu kommen die verdichtete Haltung, in der Viren noch einfacher von Tier zu Tier springen können, und die verkürzte Lebenszeit, in der Viren immer neue Wirte finden und ihre Ansteckungsfähigkeit erhöht. Letzteres ist Teil der evolutionären Entwicklung, die die industrielle Tierproduktion so gefährlich macht. Steigen die Umschlagszyklen beispielsweise durch eine immer schnellere Abfolge von Jungtieren und Schlachtung, sinkt die Zeit, die dem Virus bleibt, um sich zu verbreiten. Entsprechend passt sich das Virus an und wird tendenziell ansteckender.

Die Folgen davon betreffen nicht nur Massenproduktion. Entlang verschiedener Produktionszweige könnten die mutierten Virenstämme auch auf Tiere in der Natur oder auf andere Höfe oder Kleinstbetriebe übergehen, beispielsweise über Subunternehmen, die für grössere Produzenten arbeiten. So sind die Massenhaltungen zwar die Keimzellen für die Mutation und Verbreitung neuer Viren, sie müssen aber, wie sich vermutlich auch in der COVID-19-Pandemie zeigt, nicht zwingend deren Ausgangslage sein.

Profit vor Konsequenzen

Anderer Bestandteil der neuen Ausbreitungsrate von Viren sind politische Versäumnisse. Trotz globalisierter Produktionsketten hängt die wirtschaftliche Leistung etlicher Länder an spezifischen Wirtschaftszweigen. Gerade in der Lebensmittelbranche treffen nur schon kleinste Gerüche den Absatz. Wie die verschiedenen Ausbrüche der Vogelgrippe in den letzten Jahren gezeigt hat, vertuscht man Ausbrüche neuer Viren deshalb lieber als sie von Beginn weg zu bekämpfen – wobei die Verheimlichung von potenziellen und realen Katastrophen eine Eigenschaft ist, die auch in realsozialistischen Ländern gängig war.

Die Versäumnisse betreffen im globalisierten Markt nicht nur Staaten, sondern auch Unternehmen. Dafür führt Wallace das Beispiel des thailändischen Fleischmülls CP Group auf. Als in einer deren chinesischen Farmen Fälle der Vogelgrippe auftauchten, beschloss Japan den Import von Geflügel aus entsprechender Region zu unterbinden. CP selbst profitierte jedoch davon, indem sie nunmehr an ihren thailändischen Produktionsstätten die Produktion intensivierten und den Export nach Japan steigern konnte. Statt Konsequenzen gab es Profit, statt neuer Nachhaltigkeit ging es so weiter wie bisher, mit dem Ergebnis, dass die Vogelgrippen mehr denn je zu den grossen Gefahren für Geflügel zählt – und ständig zu mutieren droht.

Die NAFTA Grippe

Wallace nennt die 2009 ausgebrochene Schweinegrippe H1N1 durchgängig «NAFTA Grippe». Dazu verweist er auf eine These von Mike Davis. Dieser hat unter anderem darauf hingewiesen, wie sich der Erregerstamm der Schweinegrippe jahrzehntelang fast nicht veränderte, die Mutationen seit 1998 allerdings explodierten. Dies, so die These von Wallace, ist kein Zufall, sondern hängt mit einer neuen Phase der Globalisierung zusammen. Das 1994 umgesetzte nordamerikanische Freihandelsabkommen hatte eine fundamentale Auswirkung auf die Landwirtschaft, insbesondere die Schweineindustrie. Im globalisierten Markt zentralisierten sich die Anbieter. Kleinere Betriebe wurden übernommen, die Anzahl industriell gehaltener Tiere vergrösserte und verdichtete sich. Geschaffen wurde jene Grundlage, in der die Viren sowohl rascher mutieren als auch sich verbreiten konnten. Das heisst nicht, dass es

zuvor keine Viren und Mutationen gab. Wallace verweist vielmehr auf die mit den neoliberalen Umwälzungen einhergehenden Veränderungen in der Fleischproduktion und im Agrobusiness, die sich auf das Potenzial von Viren auswirkten.

Gesundheit und Klassengesellschaft

Wenn heute anlässlich der Corona-Pandemie in den Medien tagtäglich mit Zahlen hantiert wird, liegt dahinter oftmals ein Missverständnis: Viren haben keine statische Todesrate. Sie sind zwar unterschiedlich gefährlich für die Menschen, die Gefahr, die von ihnen ausgeht, hängt allerdings wesentlich vom Zugang zum Gesundheitsangebot ab. Und dieser ist in der Klassengesellschaft unterschiedlich verteilt – sowohl was die globale Ungleichheit betrifft als auch was lokal zur Verfügung steht. Anders gesagt: ein Virus, der in kapitalistischen Gesellschaften auftritt, hat immer einen Klassencharakter, weil er sich zwangsläufig entlang bestehender gesellschaftlichen Strukturen zeigt und bewegt.

Ein bekanntes Beispiel hierfür ist, wie Davis ausführt, die Spanische Grippe. Ungleich tödlicher als manche anderen Grippestämme war sie insbesondere deshalb so verheerend, weil sie auf eine Welt in fatalem Gesundheitszustand traf. In armen beziehungsweise kolonialisierten und Hungersnöten ausgesetzten Gegenden wie Indien grassierte sie weitaus tödlicher als in anderen Teilen der Welt. Dies wird für die Corona-Epidemie leider nicht anders sein. Länder mit mehr Sauerstoffgeräten und medizinischer Versorgung werden besser auf die Pandemie reagieren können. Doch auch hier ist der Zugang zu Gesundheit ein komplexes Thema. Es betrifft nicht nur die Anzahl Spitäler und Ärzte, sondern beispielsweise auch die Frage, wer es sich leisten kann bei Grippe-symptomen zuhause zu bleiben und mögliche Lohnausfälle zu kompensieren.

Mögliche Perspektive

Während Davis vor allem Reformen und eine Rücknahme der Privatisierungen im Gesundheits- und Vorsorgebereich fordert, klingt bei Wallace noch eine andere Perspektive an. Da er nicht einfach zurück zu einer traditionellen Landwirtschaft will und eine Vielzahl von Menschen ernährt werden müssen, schlägt er mit Bezug zum marxistischen Biologen Richard Levin und dessen Analyse kubanischer Landwirtschaftsreformen der 1990er Jahre eine Alternative vor, in der Landwirtschaftsbetriebe lokaleren Kollektiven übergeben und die Anbaufläche diversifiziert werden könnte. Die lokalere Produktion und Konsum stärkt, so die Hoffnung, zugleich die biologischen und natürliche Schädlingsbekämpfung und macht die potenziellen Wirte weniger anfällig auf Viren.

Literatur:

Mike Davis: Vogelgrippe: Zur gesellschaftlichen Produktion von Epidemien.

Rob Wallace: Big Farms Make Big Flu.

Rob Wallace: Coronavirus: »Die Agrarindustrie würde Millionen Tote riskieren.« <https://www.marx21.de/coronavirus-gefahren-ursachen-loesungen/>

Fortsetzung von Seite 1

Seit über vier Jahrzehnten behaupten der IWF und seit ihrem Bestehen die EZB, dass die Risikoaufschläge für Staatsanleihen das gottgegebene Zeichen der Finanzmärkte seien, nach denen die Staaten ihren Haushalt auszurichten hätten. Mit anderen Worten: Erhöhte Risiko-Zinsen für Staatsanleihen zwangen die südeuropäischen Staaten zur Kürzungspolitik im Service Public, weil, so die Argumentation, sonst die Anleger fürchten würden, die Staaten könnten zahlungsunfähig werden. Das Urteil der Finanzmärkte in Form von Risikoaufschlägen sei ein objektiver Fakt, dem ein Staat einfach folgen müsse. Als aber die Corona-Welle anrollte, tat die EZB etwas, mit dem sie ihr eigenes Argument aushebelte: sie kaufte massiv italienische Staatspapiere auf, und auf diesem Weg liess sich der italienische Risikoaufschlag Mitte März von 3,3 auf 2,0% herunter drücken. So zeigt die Corona-Krise, dass die Risikoaufschläge keine objektiven Signale, sondern steuerbare Grössen sind. Allerdings ist die Bereitschaft zur Zusammenarbeit eng begrenzt. Ende März sperrte sich die deutsche Regierung gegen die Herausgabe eines gemeinsamen EU-Staatspapiers, mit dem Geld gegen die Corona-Krise beschafft werden könnte – die Regierung Merkel fürchtet, auf diesem Weg könnte die Privatisierungs- und Sparschraube, zu der Spanien, Italien und Griechenland verdonnert sind, auch nur einen Millimeter zu weit gelockert werden.

Verstösse gegen Sakrilege bedeuten aber noch kein Ende des Neoliberalismus.

In den nächsten Wochen wird das Netz nur so rauschen vor Nachrufen auf den Neoliberalismus und die Globalisierung, weil nun «der Staat zurück» sei. Das ist Polit-Spin der schlichten Sorte. Was sich zeigt, ist etwas anderes: Dass Globalisierung immer schon imperialistische Globalisierung war, in der keine flache Welt, sondern nationalstaatliche Interessen, militärische Gewalt und Grenzregimes herrschten.

Welche Firmen wo domiziliert sind, wer wieviel Material und Infrastruktur hat, das spielt eine enorme Rolle. Grenzen sind auf einmal wieder total wichtig; die Erfahrung, die Geflüchtete und Menschen aus Drittstaaten seit je gemacht haben, betrifft auf einmal alle.

Weiter ist die Krise eine Chance, das politisch Unbequeme durchzudrücken. In Frankreich kam Macron die Ausgangssperre bei den anhaltenden Demos der Gilets Jaunes gerade recht. Auch in der Schweiz passen der Regierung Versammlungsverbot und das jüngst erwogene Handytracking. Und die über 40 Milliarden Franken Staatshilfe kommen den Patrons, nicht den ArbeiterInnen und Angestellten zugute. Bereits gibt es in der Schweiz mehr Anträge auf Kurzarbeit als zum Höhepunkt der Finanzkrise. Das entspricht einem internationalen Muster. Zügig brachten sich die Banken in Stellung, um das Hilfspaket für Firmen abzuwickeln. So sichern die Banken sich selbst gegen die Krise, müssen sie doch weniger Kreditausfälle fürchten. Und sie bringen sich in eine Position, aus der sie den Geschäftskurs der Firmen diktieren können. Welche Rolle die Banken dabei genau einnehmen, ist offen. Aber es ist wahrscheinlich, dass sie mit dem Paket ihre Dominanz ausbauen werden.



Pflegerinnen in Berlin melden sich zu Wort



Transparent beim Triemlihospital in Zürich

Bis jetzt ist keine Verlautbarung aus Bern bekannt, in der irgendein Schutz vor Entlassung zugesichert wird. Firmen, zumal die grossen, werden gerettet. Aber für die Menschen ist kein Bail-Out vorgesehen. Diejenigen, bei denen die Putz-Jobs ausbleiben und die deshalb die Miete nicht zahlen können, worauf dann das Migrationsamt auf den Plan rückt, diejenigen werden keine finanzielle Überbrückung kriegen. Welche Rolle die Banken mit den Überbrückungskrediten einnehmen, ist offen. Aber es ist gut möglich, dass sie ihre Dominanz gegenüber den mittleren Firmen ausbauen werden. Wie weit die Experimente mit Home Office einen Digitalisierungsschub bei den Bürojobs und im Bildungssektor auslösen, wird sich zeigen. Nur etwas ist sicher: Wenn es so weitergeht, wie bisher, wird in der kommenden Wirtschaftskrise die Lohnarbeit rationalisiert, das heisst, die Ausbeutung verschärft werden. Es wird heissen: «Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt» (bloss nicht – Ansteckungsgefahr!), und wir steigern das Bruttosozialprodukt.

Care im Zentrum

... es sei denn, wir wehren uns. Denn wie ein Blitzschlag erhellt Corona die gesellschaftliche Topographie. Auf einmal sind nicht Banken systemrelevant, sondern Krankenpflegerinnen, Kinderbetreuerinnen und Verkäuferinnen. Wenn diese Systemrelevanten zugleich die Schlechtbezahlten sind, dann stellt sich die eine oder andere Systemfrage. Was die letzten Wochen uns vorführten, ist, dass die Kreisläufe des Kapitals erst ermöglicht werden durch die viel weiteren Zyklen, in denen menschliche Arbeitskraft hergestellt und erhalten wird. Das ist gesellschaftliche Reproduktion. Wenn der Reichtum der Gesellschaften von der ArbeiterIn abhängt, wer produziert dann die ArbeiterIn? Care-Arbeit, die kaum bezahlte, nur teilweise über Märkte abgewickelte und meist von Frauen verrichtete Arbeit der Betreuung und Pflege. Ähnlich wie Infrastrukturen, deren Vorhandensein man nur bei einer Störung merkt, werden sie kaum beachtet. Jetzt, beim jähen Vollstopp, erweist sich Care-Arbeit als diejenige Macht, die den Unterhalt der Maschinerie überhaupt betreibt.

Care-Arbeit ist nicht abgekoppelt, sondern verbunden mit der Produktion von Wert. Als reproduktive Arbeit ermöglicht sie die Akkumulation von Kapital. Die gesellschaftliche Unterdrückung von Frauen ist strukturell verbunden mit der kapitalistischen Produktion. Umgekehrt wirkt die Ausweitung der Lohnarbeit auf die Haushaltsökonomie zurück. Das zeigt sich in der globalisierten Dienstmädchenarbeit, aber auch in der politischen Ökonomie des Fertigsalats. Care-Arbeit ist auch verbunden mit politischer Herrschaft, dem Staat. «Service public» leistet einen Dienst, wie das Dienen der Dienstbotinnen, das nicht voll über einen Arbeits-, sondern einen Dienstvertrag geregelt ist, der traditionell dem Dienstherr grössere Rechte einräumt als in der freien Lohnarbeit. Es verzahnen sich wirtschaftliche Ausbeutung und gesellschaftliche Unterdrückung entlang der Geschlechterordnung und der rassistischen Hierarchie. Kapitalismus kann ohne solche Dynamiken nicht auskommen, ja, er produziert sie aktiv.

Kapital lebt von menschlicher Arbeit, es kannibalisiert Leben und jetzt, wo das Leben ein Stück weit gesundheitlich bedroht ist, wird das deutlich, und auch, aus welchen weitreichenden gesellschaftlichen Kräften sich Leben speist.

Was kommt nach der Quarantäne? Unsere Flut an Forderungen!

Und hier, in den Kreisläufen der gesellschaftlichen Reproduktion, tut sich was. Trotz social distancing entwickeln sich Formen der Solidarität. Leute erkennen, dass Nachbarschaftshilfe wichtiger ist als Home Office. Andererseits gibt es allgemeinen Beifall für die ArbeiterInnen im Gesundheitswesen. Anerkennung ist wichtig, gerade weil die Care-Arbeit in die Unsichtbarkeit gedrängt wird. Aber Solidarität ist nicht Wohlthätigkeit, sondern das gemeinsame Für-einander-Einstehen unter Gleichen. Klat-

schen am Balkon ist nett. Solidarität sieht anders aus, nämlich bei den Kämpfen mitzuhelfen, dass die Schlechtbezahlten in der Pflege, in der Kinderbetreuung im Verkauf und in der Logistik einen Lohn bekommen, der dem Wert ihrer Arbeit entspricht. Und genau das ist im Rahmen des Kapitalismus nicht möglich – Kapital muss sich systematisch soziale Beziehungen zunutze machen, die ausserhalb seiner selbst liegen, um Mehrwert abpressen zu können. Ganz anschaulich bekommen wir vorgeführt, wie eigentlich elementare Dinge offenbar System sprengenden Charakter haben. Und hier gilt es weiter zu machen: Soll die Kerosinschleuder Swiss aus dem Konkurs herausgehauen werden, wenn die Kids noch vor kurzem für ihre Klimazukunft demonstriert haben? Diese Woche präsentiert die CS ihren Jahresbericht – warum sollen die ihre Dividenden und Boni behalten? Die Gegenseite wartet nicht, sie nutzt die Krise, um zuzuschlagen. NZZ-online verlangte schon am 18. März eine Lohnkürzung bei allen ArbeiterInnen im öffentlichen Dienst, weil deren Löhne ja weiterhin bezahlt würden, sie deshalb im Vorteil seien und sich solidarisch zeigen sollten. Warum nicht Firmen unter der Kontrolle derjenigen, die dort arbeiten?

Das schlimmste wäre, wenn nachher alles gleich bliebe, weil die Angst den politischen Vorstellungshorizont verriegelt hat. Wir sollten nichts mehr fürchten als die Furcht davor, Forderungen zu stellen und dafür zu kämpfen. Die bürgerlichen Parteien von SVP bis zu SP und den Grünen haben sich hinter den Bundesrat gestellt, SP und Grüne fordern knapp ein Konjunkturprogramm für die Zeit danach. Die Dürftigkeit ist atemberaubend – und eine beispiellose Chance.

«Diese Situation ist ernst und sie ist offen» sagte Angela Merkel in ihrer Fernsehansprache. Sie hat ungewollt recht. Denn nichts fürchten die Herrschenden mehr als die Offenheit der Situation. Wir erleben gerade einen Schlingerkurs zwischen der gesundheitlichen Notwendigkeit, die Maschinerie Kapitalismus anzuhalten und dem striktesten Diktat, sie weiter laufen zu lassen. Das ist ein Experiment in globalem Ausmass. Wir leben in nur einer Welt – Klima, Migration, Weltmarkt verdeutlichen die Vernetzung. Die globale Pandemie zeigt, wie der Horizont der gesellschaftlichen Reproduktion die Welt als Ganze ist. Richten wir unsere Forderungen danach aus: aufs Ganze. Das ist die enorme Aufgabe, trotz social distancing zu kollektivem Handeln zu kommen. Unter Bedingungen eines stillgelegten öffentlichen Lebens nicht isoliert zu sein. Seit je her hatten Frauen, Männer und Jugendliche der Internationale mit Isolation zu kämpfen, beispielsweise, wenn sie ins Gefängnis gesperrt wurden. Was sie taten, war in diesen Momenten ihre politische Vorstellungskraft zu bilden und diese Isolation praktisch zu überwinden. Das ging weit über das Bücherlesen und das Verfassen von Schriften – sie arbeiteten an einer kommunikativen Gegenöffentlichkeit und an organisatorischen Lösungen kollektives Handeln wiederzuerlangen. Der Lockdown ist kein Gefängnis, zum Glück nicht, für die meisten von uns sind die Bedingungen weit besser. Er soll die Ruhe vor dem Sturm werden. Nutzen wir also die Gelegenheit, die Situation zu analysieren, Wege kollektiver Handlungsfähigkeit zu finden und Gegenmacht aufzubauen. Was kommt nach der Pandemie? Das entscheiden wir.

LADENDIEBSTAHL

Zap Zarap!

Die Digitalisierung macht auch vor den Einkaufsläden nicht halt. Darunter haben Angestellte zu kämpfen, aber auch LadendiebInnen.

(agi) Die Digitalisierung verändert unsere Arbeit und die technologische Entwicklung wirkt sich immer weiter auf unser soziales Leben aus. Die Technologie ist nicht neutral, sie widerspiegelt politische und gesellschaftliche Verhältnisse. Technologie steht im Dienst des Kapitals und es werden immer weitere Bereiche dessen Logik unterworfen werden. Im Detailhandel war es zuerst das Verkaufspersonal, welches dies einschneidend zu spüren bekam.

KundInnen zu «Self-ScannerInnen», VerkäuferInnen zu HilfspolizistInnen

Im Jahr 2011 führte der Detailhändler Migros Self-Checkout-Kassen ein. Nach aussen warb man mit dem Credo, der Einkauf gehe dadurch nicht nur viel schneller, sondern werde auch bequemer. Vor allem zweites scheint widersprüchlich, sollen Kunden von nun an Arbeit übernehmen, für welche bisher Personal zuständig war. Self-Scan hat sich trotz Kritik einerseits von Gewerkschaften andererseits von Personal und vereinzelt auch von KundInnen etabliert. Für das Kassenpersonal, das bis heute mehrheitlich Frauen, hat verschiedene negative Auswirkungen, auch auf den direkten Kundenkontakt.

Das Personal an den Self-Checkout-Kassen wird zu HilfspolizistInnen degradiert, die die KundInnen vor allem überwachen müssen. Wenn der Algorithmus befiehlt, muss der/die Angestellte die registrierten Einkäufe kontrollieren. Wer wie oft überprüft wird, ist nur dem Algorithmus bekannt (und den ProgrammiererInnen und wohl auch DatenanalystInnen). Die Arbeit wird für die Angestellten wegen der Zuständigkeit einzelner für den gesamten Self-Checkout-Bereich verdichtet und gleichzeitig verunselbständigt.

Doch auch für die KundInnen hat die Entwicklung verschiedene Auswirkungen. So ist es bei Migros bis heute üblich, dass bei den Selbstbedienungskassen nur mit Karte bezahlt werden kann. Fürs Self-Scanning im Laden wird die hauseigene Cumulus-Karte benötigt. Anonymes bezahlen - was vor allem allen LadendiebInnen strengstens zu empfehlen ist - ist praktisch unmöglich (ausser: siehe Tipps im Kasten unten). So kommen die Unternehmen zu immer mehr KundInnen-Daten, welche zum Beispiel auch zur Überwachung genutzt werden können. In der bürgerlichen Presse gab es vermehrt Artikel über DiebInnen, die in der Migros durch personalisiertes Bezahlen überführt wurden. Ob diese einzelnen Fälle wirklich ausschlaggebend sind, ist fraglich. Die Artikel lesen sich auch als abschreckende präventive Kampagne gegen Diebstähle in den Läden. Denn Ladendiebstahl ist ein grosses Thema für die Supermärkte.

Mit Algorithmen gegen LadendiebInnen

Nicht nur bei der Senkung von Personalkosten oder bei etablierten Formen der Digitalisierung wie der Da-



tensammlung für personalisierte Werbung reitet die Migros auf der Welle der technologischen Entwicklung. Die Migros versucht auch, im Entstehungsprozess befindliche technologische Entwicklungen voranzutreiben und davon zu profitieren. Als neuester Coup der Genossenschaft: «Intelligente» automatisierte Videoüberwachung gegen LadendiebInnen. In Zusammenarbeit mit der Motorola-Tochtergesellschaft Avigilon testet Migros in ihrer Filiale am Zürcher Limmatplatz neue digitale Überwachungsmethoden. Laut Eigenbeschreibung legt Avigilon ihren Fokus im Bereich der Videoüberwachung unter anderem auf elektronische Zutrittskontrolle, automatische Ereigniserkennung, musterbasierte Analysealgorithmen, Selbstlernfunktionen nach Vorbild und einiges mehr. Avigilon verkauft ihren Kunden - neben dem Schweizer Detailhändler unter anderem auch amerikanische Schulen und Fussballstadien in der Türkei - ein Sicherheits-Gesamtpaket, bestehend aus Soft- und Hardware, wie Kameras, die zusammengeschaltet sind.

Die bisher übliche Methode gegen LadendiebInnen ist, dass LadendetektivInnen durch die Regale gehen oder am Bildschirm sitzen und Ausschau nach potentiellen DiebInnen halten. Sie müssen selbst entscheiden, was und wer Ihnen verdächtig erscheint. Diese Aufgabe soll nun aber von der Software übernommen werden. Beim Betreten der Geschäfte analysiert das Programm KundInnen anhand von Erscheinungsmerkmalen, dem Geschlecht und dem Verhalten. Dabei werden Personen registriert und während des gesamten Einkaufs elektronisch verfolgt (bei der Filiale Limmatplatz garantieren dies 74 Kameras). Mit früher gesammelten Daten und mittels Algorithmen soll der Software die Erkennung von LadendiebInnen antrainiert werden. Ziel ist dabei, dass das Programm selbst zwischen verdächtigem und «normalem» Verhalten unterscheiden kann und die zu kontrollierenden Personen bestimmt. Wer sich auffällig verhält, sich nicht im üblichen KundInnenverkehr aufhält, sondern sich etwa gegen den Strom bewegt, wird als verdächtig eingestuft.

Überwachungsdystopien

Bewegungsmuster lassen sich auch ohne Software mit blossen Auge erkennen und anpassen. Abweichungen kommen regelmässig vor, etwa wenn Produkte übersehen und vergessen werden etc. Dies lässt zumindest den Verdacht

offen, dass sich das Programm weniger auf Bewegungsabläufe verlässt, als auf äusserliche Merkmale und Verhalten. Künstliche «Intelligenz» und Selbstlernalgorithmen nehmen mit den eingespielenen Daten die üblichen rassistischen Vorurteile auf und können diese sogar noch verstärken. Doch die Ziele der technologischen Entwicklung sind noch bedenklicher. Die Gesichtserkennungssoftware soll nicht nur fähig sein, Individuen zu erkennen, sondern noch viel mehr aus den Gesichtern herauszulesen. Etwa Emotionen und unbewusste Gesichtsausdrücke. Falls dies gelingt, werden nicht nur weitere Schritte in Sachen personalisierter Werbung und Lenkung des Einkaufsverhaltens möglich, auch könnte der/die spontane LadendiebIn erkannt werden, bevor er/sie selbst weiss, dass die neue Armbanduhr in der Jackentasche landen wird.

So «effiziente» Software wird heute in den Supermärkten noch nicht eingesetzt. Aber die Migros und Avigilon arbeiten daran. Es wird nicht genau kommuniziert, was jetzt in den Testfilialen ausprobiert wird, aber es ist wohl trotzdem nicht nur eine Einschüchterungskampagne gegen LadendiebInnen. Avigilon und andere Technologie-Unternehmen entwickeln künstliche Intelligenzen weiter. Was nach Science-Fiction klingt, versuchen bereits heute Technologie-FetischistInnen umzusetzen. Ob und wann die automatische Erkennung von LadendiebInnen klappen wird, ist fraglich. Bis dahin lohnt sich Ladendiebstahl aber in den allermeisten Fällen.

Klautipps

- Anonym zahlen am Self-Checkout: mit einer mit Bargeld gekauften Geschenkkarte.
- Unauffällige Kleidung (Z.B. Kein "Fuck Cops"-Shirt) tragen.
- Sichtbare „Piepser“ lassen sich mit starken Magneten oder einer Zange entfernen.
- Vorsicht vor versteckter Warensicherung: Aussehen und Form von Teebeuteln (z.B. in Jackentaschen) oder auch als kleine Aufkleber an Produkten. Beide lassen sich ohne Probleme entfernen.
- Das wichtigste gegen Ladendetektive und Überwachungssoftware ist weiterhin: Pokerface und Dreistigkeit.

GENUA

«Chiudere i porti alla guerra!»

Blockade im Hafen von Genua wegen Rüstungsgütertransporten

(raw/agi) Der Hafen von Genua ist einer der grössten Häfen Italiens, zum Beispiel 2019 führend im Containerumschlag. Grosse Mengen an Waren und Containern werden hier täglich umgesetzt. Am 17. Februar 2020 sollte hier das Schiff «Bahri Yanbu» anlegen. Bahri ist die nationale Reederei von Saudi-Arabien und eine der grössten Öltanker-Gesellschaften. Die «Bahri Yanbu» ist ein RoRo-Schiff (roll on/roll off), das verschiedene Güter transportiert. Diese transportierten Güter waren auch der Grund für den Aufruf zur Hafenblockade am 17. Februar. In Genua sollte das Schiff neben anderen Gütern auch Kriegswaffen ein- und ausladen.

Mindestens 100 Menschen folgten an diesem regnerischen Montagmorgen um 7 Uhr dem Aufruf zu Hafenblockade. Nach kurzer Zeit blockierten die anwesenden Menschen den Haupteingang zum Hafen, wo der Schiffsverkehr in den Hafen ein- und ausfährt. Somit konnte der Hafen nur über Umwege erreicht werden. Gut zwei Dutzend Polizisten respektive Carabinieri waren vor Ort, verhinderten aber nur den Zutritt der Blockierenden zum Hafen. An der Barrikade und an umliegenden Zäu-

nen wurden verschiedene Transparente und Fahnen von diversen Organisationen, Gruppen und Parteien aufgehängt. Viele Pyros wurden gezündet und zur Barrikade geworfen, trotz einer jüngeren Gesetzesverschärfung in Italien, die Anzünden von Barrikaden mit 6 bis 12 Jahren Haft bestrafen soll.

Um 11 Uhr kam das Schiff im Hafen an. Begrüsst wurde es von Signalraketen der Blockierenden. Eine Delegation des Collettivo Autonomo Lavoratori Portuali (Autonomes Kollektiv der Hafearbeiter, kurz CALP), die die Blockade ohne die Gewerkschaften organisiert hatten, gingen mit den Hafenbehörden und den anderen HafearbeiterInnen-Gewerkschaften verhandeln. Das Ziel war es zu verhindern, dass die Rüstungsgüter be- und entladen werden. Die Delegation wollte auch klären, was genau auf dem Schiff geladen ist. Denn Waffentransporte werden nicht gross öffentlich angekündigt und die Hafenbehörden kontrollieren in Genua die Sicherheitsmassnahmen (auch bei Explosivstoffen) praktisch nicht. Die Iveco-Militärfahrzeuge auf dem Pier waren nicht versteckt. Welche Art von Waffen sich in den Containern befanden, war aber nicht klar.

Die Delegation der CALP konnte einige HafearbeiterInnen zu einem wilden Streik überzeugen. Mehr Infor-

mationen zu den Gütern wurden aber von den Behörden verweigert. Die Blockade wurde in Solidarität mit Rojava und gegen den Krieg in Jemen organisiert. Auch in anderen Häfen, wie in Antwerpen, Tilbury, Cherbourg und Bilbao wurden Soliaktionen durchgeführt. In Bilbao wurden letztes Jahr nach langen Protesten das Be- und Entladen von Kriegsmaterial ganz verboten. Weiter gab es in den Städten Marseille, Florenz, Pisa, Mailand, Livorno, Catania, Rom, Siena, Bologna, Turin, Triest, Cagliari, Sassari, Basel, Zürich, Berlin, Nürnberg, Santander, Motril und Athen Soliaktionen.

Und auch die CALP planen weitere Aktionen gegen Kriegsgütertransporte, gegen Krieg und in Solidarität mit Rojava und anderen Kriegsregionen. Nicht einmal einen Monat nach der Blockade gab es erneut Proteste. Wegen der Einschränkungen durch die Corona-Krise fand diesmal keine Mobilisierung statt. Der Frachter «Bahri Jazan» wurde aber mit vielen Signalfackeln, Raketen und Rauchbomben begrüsst. Zudem warfen die Hafearbeiter schwimmende Dummies ins Meer, welche die Opfer der Kriege darstellen.

DIGITALE ARBEITSBEDINGUNGEN

Automatisierung? Denkste!

Die Automatisierung der Wirtschaft greift um sich. Viele Arbeiten sind aber immer noch billiger, wenn sie von Menschen ausgeführt werden. Insbesondere, wenn diese unter prekarierten Arbeitsbedingungen leiden. Das Vorgaukeln von Automatisierung ist so neu nicht. Sogar in der Benennung ihrer Produkte bedient sich das Kapital in der Geschichte.

(rabs) 1770 staunte Kaiserin Maria Theresia an ihrem Hof in Wien. Was ihr Hofsekretär Wolfgang von Kempelen da präsentierte, war kaum zu glauben. Er hatte eine Maschine gebaut, die Schach spielen konnte. Die menschlich aussehende Figur bewegte die Arme und Finger, und steuerte so die Figuren auf dem Brett. Die Figur bewegte mit einem «zierlichen Anstand und würdevollem Stolze Haupt, Arm und Hand». Ausserdem legte die Maschine dabei eine aussergewöhnliche Spielstärke an den Tag.

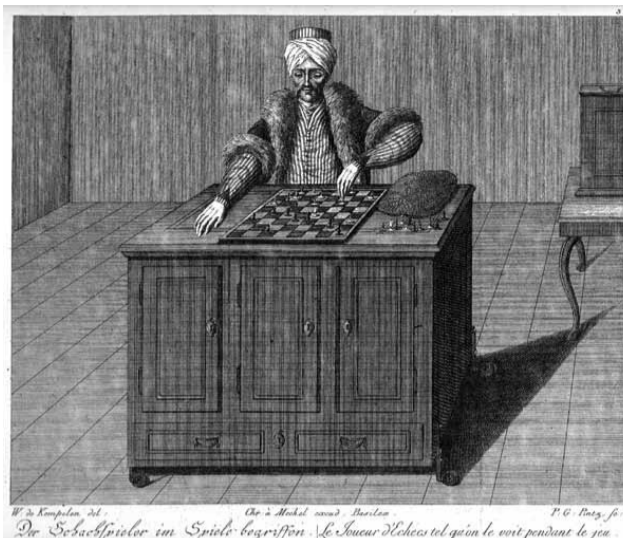
«Schachtürke»

Das Spektakel war ein Wunderwerk der Technik, und bediente dazu auch die aktuelle Mode. Die Figur, die da Schach spielte, war mit einer türkischen Tracht ausgestattet. Deshalb bekam Kempelens Erfindung bald den Namen «Schachtürke». Türkische Produkte, vor allem Kaffee und Tabak waren zu der Zeit in Wien sehr beliebt. Kempelen feierte mit seinem Schachtürken grosse Erfolge in der Wiener Gesellschaft. Ab 1785 tourte er mit seinem Gerät durch Europa.

Es gab im Lauf der Jahrzehnte verschiedene Nachbauten des Schachtürken. Die dadurch angestossenen Überlegungen zur Möglichkeit einer Maschine, die Schach spielen kann, gelten heute teilweise als Vorläufer zu Computern.

Der Drang zur Automatisierung passt in die Zeit des späten 18. Jahrhunderts. Die Industrialisierung nahm Fahrt auf, immer mehr bisher manuelle Prozesse in der Produktion wurden automatisiert. Die Maschinen waren aber, weder in der Produktion, noch wie im Fall des Schachtürken in der Unterhaltung, selbständig. In der Produktion benötigten die Maschinen enge Überwachung und Betreuung durch ArbeiterInnen.

Das galt, wie später bekannt wurde, auch für den Schachtürken: In der Kiste unter der spielenden Figur sass ein Mensch, der die Züge ausführte. Die Intelligenz der Maschine war also voll und ganz vorgegaukelt. Schon in der Zeit gab es dazu Vermutungen und Gerüchte. Kempelen zeigte zwar allen, die bereit waren dafür zu zahlen, den Inhalt der vielen Klappen und Türen am Tisch seiner



Der Schachtürke auf einem Kupferstich von 1783.

Erfindung. Zu sehen waren da aber nur Schrauben, Federn und andere mechanische Bestandteile. Er legte also viel Wert darauf, das Geheimnis seiner Erfindung zu wahren und das Publikum weiter im Glauben zu lassen, er habe das Schachspielen automatisieren können.

Es gibt die Vermutung, dass die Redewendung «etwas türken» im Sinn von etwas Vorspielen oder fingieren sich auf den Schachtürken bezieht. Der Erfinder der Figur suggerierte einen Fortschritt der Automatisierung, den es so noch nicht gab, und betrog damit das Publikum. Für die rassistische Formulierung «etwas türken» wäre er demnach mit verantwortlich.

Mechanical Turk

Auf dem gleichen Prinzip baut die Plattform Mechanical Turk, kurz MTurk, auf. Aufgaben, die eigentlich auch von einer Maschine ausgeführt werden könnten, werden dort an Menschen delegiert.

Entstanden ist der Dienst 2004 mit dem Einstieg von Amazon ins Geschäft mit CDs. Covers mussten dahingehend überprüft werden, ob die Bilder darauf jugendfrei, ob Namen von MusikerInnen und Albumtitel richtig eingegeben waren. Heute wäre da wohl ein hoher Grad an Automatisierung möglich, damals war das noch nicht der Fall. Das Auslagern solcher simplen Aufgaben an die «Crowd» soll eine Idee von Amazon-Gründer Jeff Bezos persönlich gewesen sein. Das Prinzip von MTurk ist es,

Arbeit digital zu vermitteln. Dabei geht es nicht um existenzsichernde Stellen, sondern um das Auslagern von zeintensiver, mühsamer, langweiliger Arbeit an eine anonyme Masse von ArbeiterInnen im Internet.

Arbeiten wie Transkriptionen, das Ausfüllen von Umfragen oder das Testen von Applikationen werden dort rund um die Uhr von Arbeitskräften aus aller Welt erledigt. Es sind Arbeiten, die zwar digitalisiert werden könnten, aber mit dem momentanen Stand der Technik noch effizienter und präziser von Menschen ausgeführt werden. AuftraggeberInnen stellen eine Aufgabe online, mit einer Schätzung des Zeitaufwands und der Höhe der Bezahlung. Die Bezahlung bleibt gleich, auch wenn die Aufgabe mehr Zeit als angegeben in Anspruch nimmt.

Ausser in den USA und Indien wird nur in Amazon-Guthaben, nicht in Geld bezahlt. Die Arbeitenden werden dadurch zusätzlich an den Konzernen gebunden. Auch deshalb sind die meisten ArbeiterInnen auf MTurk, die sich selbst «Turkers» nennen, aus diesen beiden Ländern.

Ein Bewertungssystem drängt die ArbeiterInnen zu ständiger Verfügbarkeit und Aufmerksamkeit, denn nur so lassen sich die etwas besser bezahlten Aufgaben ergattern. Die Suche nach Aufgaben, und damit ein grosser Teil der investierten Zeit, wird nicht bezahlt. Bezahlung gibt es überhaupt nur bei Zufriedenheit von Auftraggebern. Diese können eigenmächtig entscheiden, nicht zu bezahlen.

Es gibt viele Berichte von Turkern, die trotz hoher Bewertung kaum noch Geld verdienen, weil in der Krise immer mehr ArbeiterInnen auf solche Verdienstmöglichkeiten angewiesen sind und dadurch die besser bezahlten Aufgaben immer schneller weg sind.

Neben Amazon sind auch andere Anbieter auf dieses System aufgesprungen. Es bietet den KapitalistInnen die Möglichkeit, die ArbeiterInnenrechte zu umgehen und so dem tendenziellen Fall der Profitrate, der sich in der Krise immer mehr zeigt, entgegenzuwirken. Denn menschliche Arbeitskräfte sind flexibler einsetzbar als Maschinen. Dazu kommt, dass arbeitende Menschen im Gegensatz zu Maschinen ausgebeutet werden können. Lohnrückerei oder das Verlängern von Arbeitszeiten sind nur zwei Beispiele. Menschliche Arbeit lohnt sich aus Sicht der Besitzenden auch, weil sie Mehrwert generiert. Der wird von den Besitzenden eingestrichen, und ist die Differenz zwischen dem Wert der geleisteten Arbeit und dem ausbezahlten Lohn. Ausserdem profitieren die Firmen von der Vereinzelung, die die Organisation der ArbeiterInnen erschwert, wie das allgemein bei der Uberisierung der Wirtschaft zu beobachten ist (vgl. aufbau Nr. 99).

CORONA

Die Farce vom Home Office

In Zeiten vom Corona-Virus wird die Bevölkerung gebeten, seine Zeit in den eigenen vier Wänden zu verbringen. Schnell wird die Arbeit ebenso dorthin verlagert. Wir haben uns umgehört.

(raw) Der Life-Hack der Tage lautet: Oben hui, unten pfui. Für all jene, deren (Kopf)arbeit ins Büro Zuhause verlagert wurde, gilt es nun als maximale Freiheit, sich oben etwas Schönes anzuziehen (weil Videocall) und untenrum die «Gammelklamotten» zu montieren (weil gemütlich). Dieser Vorschlag, der zur Zeit auf den Sozialen Medien zelebriert wird, steht stellvertretend für das grosse Problem am Home Office – es verbindet die Arbeit mit dem Daheim.

Alte Arbeit, neue Entfremdung

Dass die Lohnarbeit vollumfänglich an den Wohnort verlagert wird, produziert für viele so manche Konflikte. Genannt wird beispielsweise, dass man sich weniger gut von der Arbeit erholen kann, weil sie permanent vor einem liegt. Gerade in sozialen Berufen ist die Gefahr gross, dass man auch nach Schichtschluss noch Mails und Telefonate beantwortet, «noch schnell etwas erledigt», weil die räumliche Distanz zur Lohnarbeit fehlt und man sich gegenüber seinen KlientInnen, SchülerInnen, PatientInnen verantwortlich fühlt. Der Grund hierfür liegt nicht einfach im subjektiven Problem, dass man sich zu wenig abgrenzen kann. Es liegt auch an den Rahmenbedingungen, welche die räumliche Umgebung liefert: Viele der befragten Personen gaben an, dass sie sich im Home Office einem höheren Legitimationsdruck konfrontiert sehen, was den Umfang ihrer geleisteten Arbeit betrifft. Ebenso bemerkten viele, dass der Begriff des «Home Office» automatisch sugge-

riert, dass man nun die Füsse hochlegt und eigentlich blau macht. Um nicht im Verdacht zu stehen, diese Situation auf irgendeine Art auszunutzen und dann schlussendlich beim Unternehmen schlecht dazustehen, strengen sich viele extra an. Das liegt auch daran, dass die eigene Tätigkeit nicht mit den KollegInnen verglichen und somit auch der Legitimationsdruck relativiert werden kann. Unter dem Strich arbeiten die meisten der befragten Personen im Home Office nicht weniger, sondern mehr. Es fehlt dabei nicht nur am Abschluss – an einem «Feierabend» – oder an den Pausen, sondern liegt auch daran, dass die Umstellung ins Home Office viel Aufwand an Initiation bedeutet. Das, was vorher im realen Leben funktioniert hat, muss in den virtuellen Raum transportiert werden. Dies erfordert für alle Beteiligten eine neue Routine, neue soziale Verhaltensweisen und auch eine neue Kultur unter ArbeiterInnen eines Unternehmens. Dass dies nicht auf Anhieb klappt, ist klar. Diese Probleme werden nach unten verlagert. Sie sind nicht mehr Sache der Unternehmensführung, sondern fallen viel mehr in die Verantwortung jedes Einzelnen. Ohne Vergütung. Es scheint, als werde jede und jeder Lohnarbeitende im Home Office zur Ich-AG, der oder die ständig um die Rationalisierung seines Arbeitsprozesses bemüht sein muss.

Auslagerung und Vereinzelung

Ein anderes Problem, welches das Home Office produziert, ist die versteckte Kostenauslagerung. Nicht nur die Verantwortung für das Einrichten des Home Office (wie wird gearbeitet, wann wird gearbeitet?) wird an die Angestellten delegiert, sondern auch die dazu erforderlichen Mittel. Noch schnell wird ein neuer Bildschirm gekauft, gar neue Computer, eine bessere Software, damit das Home

Office gelingen kann. Aufgrund der Corona-Krise, in der «es ja alle gleichsam trifft», fühlt man sich verantwortlich, dieses Setup auf die eigene Kappe zu nehmen, anstatt die Unternehmen in die Verantwortung zu ziehen. Ganz abgesehen von den benötigten Arbeitsgeräten, sind es Kosten wie Raummiete und Unterhalt sowie Verpflegung, welche auf die Personen im Home Office unbemerkt übertragen werden.

Währenddem das Home Office im Kapitalismus des Normalbetriebes eine Entlastung darstellen kann, weil beispielsweise Eltern dadurch eine höhere Vereinbarkeit von Lohnarbeit und Betreuungsarbeit organisieren können, ist das 100% Home Office des Lockdowns allein ein Lehrblätz zur Theorie der Vereinzelung. Es zeigt, wie zentral der kollektive Austausch einer Belegschaft ist – nicht nur, um die Lohnarbeit erträglicher zu machen, sondern auch, um sich zu organisieren. Die täglichen Kaffeepausen liefern nicht nur Klatsch und Tratsch, sondern auch wichtige Momente der gemeinsamen Interessenfindung. Der Kontakt mit anderen Personen bedeutet schlussendlich, Grundsteine für eine kollektive Solidarität untereinander zu legen, die man in kritischen Momenten gegenüber den Bossen braucht. Auch wenn nun darüber gestaunt wird, dass manche Unternehmen innert Tagen das Home Office für alle MitarbeiterInnen gewähren, währenddem man noch vor Wochen für einen halben Tag im eigenen Büro kämpfen musste, so muss unbedingt festgehalten werden, dass das 100%-Home Office keine Verbesserung der Arbeitsbedingungen darstellt. Es ist eine Verbesserung allein für jene, welche mit unserer Arbeit Mehrwert produzieren. Deshalb gilt es, dagegen anzukämpfen, dass mit dem Argument, diese Krise biete auch «Chancen», Arbeitsverhältnisse prekariert werden. Das Home Office als Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist eine Farce!



CHILE

«Somos la generación que no tiene miedo»

Im Oktober 2019 entfachten in Santiago de Chile und weiteren grossen Städten des Landes Proteste gegen die Regierung von Sebastián Piñera und bewegte riesige Menschenmengen in die Strassen. Eine Genossin und ein Genosse aus der Schweiz reisten im vergangenen Januar für einen Monat in verschiedene chilenische Städte und befassten sich dort mit der momentanen Situation der Proteste, deren politischen Hintergründen und trafen lokale GenossInnen, um mit ihnen über ihre Eindrücke und Erfahrungen zu sprechen.

(akafzh/agkzh) In einem kleinen Häuschen im Bezirk Macul, welcher im östlichen Teil des Zentrums von Santiago liegt, sitzt uns ein junger Mann mit einem herzlichen Lächeln gegenüber. Es handelt sich dabei um José*, einen Genossen, der seit über 10 Jahren politisch aktiv und momentan in einer anarcho-kommunistischen Organisation tätig ist. „Wollen wir anfangen?“. Er nickt. Seit mehreren Wochen sind wir mit ihm unterwegs und versuchen nun alles, was er uns bereits erzählt und gezeigt hat, in einem Gespräch zu bündeln.

Vor zwei Wochen sind wir am Flughafen von Santiago angekommen und während der Fahrt ins Zentrum war es bereits unübersehbar, dass sich hier ein radikaler politischer Widerstand regt. An fast jeder Wand sieht man geklebte Plakate oder gemalte Parolen. Ausrufe wie „Mörder Piñera“, „Tod den Polizisten / dem Militär“ oder „kämpfende Frauen“ zieren die Mauern der Gebäude und verdeutlichen die Entschlossenheit dieser Bewegung. Egal wo wir uns in den nächsten Wochen im Land bewegen, überall ist dieser visuelle Ausdruck des Protests sichtbar. Auffallend sind zudem die vielen demolierten Banken, Einkaufszentren oder auch Regierungsgebäude, die seit Wochen in diesem Zustand brachliegen.

Der Ausbruch im Oktober

Wir fragen José, wie es zu den ersten Protesten gekommen ist und was zuvor passierte: „Das Ganze hat mit einer SchülerInnenbewegung angefangen, deren Mitglieder alle zwischen 14 und 18 Jahre alt sind. Ihre Kämpfe gegen die Regierung fanden schon in den Monaten vor Oktober statt und richteten sich ursprünglich gegen die neuen Massnahmen der Repressionen an den öffentlichen Schulen. Als die Proteste der SchülerInnen an den Schulen nicht mehr möglich waren, verlagerten sie ihre Mobilisierungen in die Metro-Stationen der Stadt. Dort organisierten sie unter anderem das Umgehen der Kontrollschranken und ermöglichten so ein kollektives Schwarzfahren. Die Regierung Piñeras reagierte umgehend mit weiterer Repression und schickte PolizistInnen zu den Stationen. Als es dann in verschiedenen Stationen zu Bränden kam, wurde das Militär aufgeboten und am 19. Oktober wurde der Ausnahmezustand inklusive Ausgangssperre verhängt.“

Uns interessiert, wie es von einer SchülerInnenbewegung zu einem Massenprotest kam. Bürgerliche Medien in der Schweiz haben vor allem von der Ticketpreiserhöhung der Metro als Hauptgrund für die Demonstrationen berichtet. Das entspricht jedoch nicht der Wahrheit. José erwähnt, dass sich ab dem 19. Oktober nicht nur SchülerInnen und StudentInnen, sondern Menschen aus der

ganzen Bevölkerung aus unterschiedlichen Altersgruppen in die Strassen bewegten. Für viele war es ein spontaner Moment, um ihre Ablehnung gegenüber den real existierenden Lebensbedingungen in Chile zum Ausdruck zu bringen. Diese Ablehnung hat in den meisten Fällen mit den Folgen der neoliberalen Tradition des Landes zu tun, welche sowohl von Piñera, wie auch schon von der „linken“ Regierung von Michelle Bachelet und anderen zuvor praktiziert wurde. Soziale Programme wurden gestrichen, die Arbeitslosigkeit nahm zu und der ausbezahlte Lohn reichte für viele nicht, um ein würdiges Leben zu führen. Der Massenprotest ist zwar spontan entstanden, aber die Gründe dafür häuften sich seit der Zeit der Diktatur Pinochets an.

Strukturen für die Zukunft aufbauen

José erzählt uns, wie sich die Bewegung weiterentwickelte: „Wie gesagt, am Anfang hatte alles einen spontanen Charakter und grosse Teile der Bewegung waren noch nicht organisiert. Es gelang uns jedoch auf die immer stärkere Gewalt und Repression von Seiten der Regierung eine noch stärkere Antwort zu liefern.“ Er erzählt uns ausserdem über die ersten Zusammenschlüsse zwischen den unterschiedlichen Kräften wie z.B. der feministische Bewegung und den Gewerkschaften. Eine weitere neue Form der Organisation, die als Folge der Proteste entstand sind die sogenannten Asambleas: „Die Leute aus den verschiedenen Quartieren begannen sich mit ihren NachbarInnen zu treffen, sich gegenseitig kennenzulernen und über die politische Situation zu sprechen. Es entstanden Hunderte von Asambleas in ganz Chile. Das Ziel davon ist die gegenseitige Unterstützung und die Koordination von lokalen Protestaktionen.“ Da viele Bereiche der Stadt, zum Beispiel Schulen oder Geschäfte, in den ersten Wochen nach Oktober nicht in Betrieb waren, nutzte man die freie Zeit, um sich zu vernetzen und zu organisieren und gleichzeitig weiterhin aktiv an den Protesten teilzunehmen. Diese neuen Strukturen waren ausschlaggebend für die starke Kontinuität der Bewegung.

Während unserem Besuch befanden wir uns in einer verhältnismässig ruhigeren Periode in Santiago, jedoch erwarteten alle wieder wöchentliche grosse Mobilisierungen im März. An einem Sonntagabend hatten wir die Möglichkeit an einer Asamblea in unserem Stadtbezirk teilzunehmen. Wir gingen in einen öffentlichen Park, wo nebenbei noch ein Flohmarkt stattfand. Einige junge Menschen stellten Stühle in einem Halbkreis auf und installierten die Mikrofone. Gleichzeitig konnte man beobachten, wie PassantInnen gefragt wurden, ob sie auch an der Asamblea teilnehmen wollen. Insgesamt waren es ungefähr 30 Personen im Alter zwischen 20 und 70 Jahren. Jede und jeder stellte sich kurz vor und dann begannen Diskussionen zu unterschiedlichen Themen, wie zum Beispiel dem Gesundheitswesen. Einige von ihnen, beispielsweise José, sind bereits politisch organisiert und versuchten mit ihrer Erfahrung eine revolutionäre Perspektive einzubringen, welche in einer verständlichen Sprache für alle zugänglich sein sollte. Es gab aber auch Personen, die sich hier zum ersten Mal politisch organisierten oder wiederum andere, die reformistisch aktiv waren und hauptsächlich auf eine Verfassungsänderung abzielten. Obwohl die Diskussionen

in den Asambleas eher grundsätzlich sind, findet durch die lokale Organisationsform ein direkter Kontakt zu allen Schichten und Generationen statt.

Frauen an vorderster Front

Besonders relevant sowohl für die Kontinuität als auch für die Forderungen der Proteste ist die Frauen*bewegung. José erzählt uns: „Wir behaupten, die Massenproteste 2019 haben bereits mit dem 8. März angefangen. Es war die grösste Demonstration in Chile seit 20 Jahren, allein in Santiago sind eine halbe Million Frauen* auf die Strassen gegangen.“ Der 8. März hat vielen gezeigt, welche Stärke eine solche Masse verkörpern kann. Die Organisation von Frauen* ist ein zentraler Faktor, dass die gesamte Bewegung heute immer noch eine solch enorme Stärke besitzt. Das Ziel der Frauen*bewegung ist es, in sämtlichen politischen Bereichen aktiv zu sein, also in Gewerkschaften, StudentInnenbewegung und anderen politischen Organisationen. Das Selbstbewusstsein der Frauen* ist nicht nur objektiv erstarkt, sondern auch im Alltag und bei den Protesten spürbar. Das Bild, wie eine ältere Frau bei einer Demonstration beim Plaza Dignidad verummumt mit zwei Pflastersteinen auf die Polizei wartet, steht sinnbildlich für diesen Eindruck. Dazu die passende Parole an den Wänden: „Frauen* wir sind immer an vorderster Front“.

Durchhaltewillen und Solidarität

Im März begannen die Proteste wieder grösser zu werden. Tausende Menschen strömten in die Strassen und forderten in erster Linie eine Verfassungsänderung. Die Menschen wollen endlich einen radikalen Bruch mit der faschistischen Vergangenheit des Landes und hoffen auf einen sozialen sowie ökonomischen Wandel. Im April sollte eine Abstimmung dazu stattfinden, die Durchführung ist jedoch aufgrund der aktuellen Lage ungewiss. Doch nicht nur für die Verfassungsänderung versammeln sich Menschen wieder in der Öffentlichkeit, am 8. März waren insgesamt 2 Millionen Frauen* bei Demonstrationen und dabei wurden hunderte von Schulen besetzt. Mit der momentanen Situation im Zusammenhang mit dem Corona-Virus werden aber auch in Chile die Repression und die Einschränkungen des öffentlichen Lebens zunehmen.

Seit Oktober sind bereits über 30 Personen von der Polizei oder vom Militär ermordet worden. Die enorme Repression und Gewalt von Seiten der Regierung hat jedoch bisher nicht den gewünschten Effekt der Abschreckung bewirkt – im Gegenteil, es motivierte die wütende Bevölkerung, sich noch stärker zu vernetzen und miteinander zu arbeiten. Beispielsweise gab es zwischenzeitliche Annäherungen und Solidarität zwischen den sonst verfeindeten Fankurven von verschiedenen Fussballvereinen in Chile. Das Ziel der revolutionären Organisationen ist es, Strukturen wie die Asambleas beizubehalten oder auch neue zu aufzubauen, um damit eine langfristige Alternative zur Regierung und dem neoliberalen Wirtschaftssystem aufzubauen und vor allem auch, um den Widerstand am Leben zu halten.

*Name geändert

Im Bild

Der Antikommunismus fand in Westeuropa einst fast pandemieartige Verbreitung. Staatsangestellte erhielten etwa bis in die Achtzigerjahre hinein Berufsverbot, wenn sie des Kommunismus verdächtigt wurden. Von «Sozialismus mit menschlichem Antlitz» wurde gesprochen, wenn sich die revisionistischen Ostblockstaaten dem westlichen Kapital öffneten. All das trug sich in einer Zeit der Systemkonkurrenz zu. Heute ist die Systemkonkurrenz weg, und auf das menschliche Antlitz eines Kapitalismus können wir wahrscheinlich noch lange warten. Stattdessen wurde dem westeuropäischen Proletariat in den letzten Jahrzehnten Sozialabbau über Sozialabbau präsentiert – das Gesundheitswesen steht dadurch gerade während diesen Tagen unter ganz massiver Überlastung. Anders in Kuba, wo bei aller solidarischer und unsolidarischer Kritik am System ein funktionierendes Gesundheitssystem vorhanden ist. Dass heute eine kubanische Gesundheitsbrigade in Italien mithelfen muss, diese Katastrophe einzudämmen, ist nun absolut kein Grund zu heimlicher Freude – und dennoch drehen sich die alten AntikommunistInnen in diesen Tagen wahrscheinlich im Grabe. Letzteres ist uns egal.

LATEINAMERIKA

Kolumbien zwischen Massenmobilisierungen und Repression

In Kolumbien begann Ende letzten Jahres eine vielversprechende Protestbewegung, den herrschenden Klassen Dampf zu machen. Das Aufkommen gemeinschaftlicher Interessen erschüttern den Status Quo der Gleichgültigkeit gegenüber den ungerechten Verhältnissen im Land.

(gpw) Am 21. November 2019 fand der erste Generalstreik in Kolumbien seit 42 Jahren statt. Gut 40 Organisationen haben dazu aufgerufen. Kritisiert wurde neben einem Reformpaket der Regierung unter anderem die stockende Umsetzung des Friedensabkommens mit den «Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia» (FARC). Die darin vorgesehene Landreform ist für die Oligarchie nicht tragbar, da Landwirtschaftsunternehmen und Grossgrundbesitzer Land an Kleinbauern abtreten sollten. Eine weitere aktive Gruppe im Generalstreik stellen die Indigenen, da ihre Territorien seit dem Rückzug der FARC sowohl vom «Ejército de Liberación Nacional» (ELN), der zweitgrößten Guerilla des Landes, als auch von Paramilitärs und den Streitkräften weiter militarisiert werden. Auch die StudentInnen spielten traditionell eine wichtige Rolle innerhalb der Proteste. Sie fordern, ähnlich wie in Chile, einen freien Zugang zu Bildung, die in den letzten Jahren stark privatisiert wurde.

Die Hauptdemonstration in der Hauptstadt Bogota wurde von der berüchtigten Aufstandsbekämpfungseinheit ESMAD angegriffen, was zu heftigen Krawallen führte, sodass sich die Regierung gezwungen sah, eine nächtliche Ausgangssperre zu verhängen. Polizei und Militär patrouillierte und provozierte, dank Social Media gut dokumentiert, vor allem in den ärmeren Quartieren von Bogota und Cali. Doch viele KolumbianerInnen liessen sich das Protestieren nicht verbieten. Viele schlugen von den Balkonen ihrer Wohnungen auf Pfannen, man nennt dies cacerolazos, und versammelten sich auf den Strassen – ungewohnt für Kolumbien. Obwohl Präsident Duque davon faselte, dass seine Regierung die Kolumbianerinnen und Kolumbianern gehört habe, wurde munter weiter an der Repressionsschraube gedreht. Die Proteste potenzierten sich, als dem 18-jährigen Dilan Cruz aus einer Entfernung von zehn Metern mit illegaler Munition der Kopf zertrümmert wurde. Er verstarb drei Tage später im Krankenhaus. Die Polizei wurde wie üblich von der Politik in Schutz genommen.

Ursachen

Es war ein Reformpaket, das das Fass zum Überlaufen brachte. Dieses hätte gravierende Folgen für die meisten KolumbianerInnen gehabt, weshalb dann auch so viele dem Aufruf der Gewerkschaften folgten. Mit dem Paket werden die Interessen der Wirtschaftselite weiter gestärkt: Die Reform beinhaltet eine Steuersenkung von rund 264 Millionen Franken bei Megainvestitionen und Steuererlass beim Kauf von Immobilien über 230'000 Franken. Der Plebs dagegen er-

hält, nach sieben Tagen Proteste auf der Strasse, den Erlass der Mehrwertsteuer während drei Tagen im Jahr.

Ebenfalls stark im Kreuzfeuer der Proteste steht die von der Regierung vorgeschlagene Arbeits- und Rentenreform, welche offiziell informelle Arbeit, die zunehmende Arbeitslosigkeit und die Altersarmut bekämpfen soll. Das Rezept gegen die Arbeitslosigkeit ist zugleich klassisch wie bedenklich: Stundenverträge statt unbefristeter Arbeitsverhältnisse. Dies wird zu einer Prekarisierungswelle führen bei gleichzeitigem Verlust von Arbeitsrechten. Sozialleistungen werden in der Folge gekürzt, die Sozialversicherungsbeiträge nach Stunden berechnet und die ohnehin minimalen Gesundheits- und Sicherheitsnormen weiter gesenkt.

Ebenso problematisch ist die angedachte Fusion der staatlichen und privaten Rentenunternehmen. Zwar soll das Budget des neuen Rentensystems um satte 12 Prozent wachsen, doch weiss bisher niemand, wie diese Fusion genau vonstatten gehen soll. Zudem ist davon auszugehen, dass zu wenige von diesem neuen System profitieren. In Kolumbien sind gerade mal zwei von zehn Personen überhaupt rentenberechtigt. Die oberste Priorität der Regierung Duque bringt die Arbeitsministerin auf den Punkt: «Das Wichtigste ist, dass das wirtschaftliche Wachstum und die Produktivität erhöht werden.»

Die Massenproteste gingen vorerst, wie von der eher entpolitisierten kolumbianischen Gesellschaft zu erwarten war, zurück. Doch diese werden erneut aufbrechen, sollte nicht endlich eine Besserung der Lebensverhältnisse für breite Teile der Bevölkerung eintreten.

Friedensgespräche und Friedensabkommen

Duque wird schon seit Amtsantritt als Marionette des Ex-Präsidenten Alvaro Uribe Vélez gesehen, der in den 2000er Jahren eine brutale Gangart gegen die sozialen Bewegungen und die Guerillas einlegte. Duque machte die Friedensgespräche mit dem ELN von einer bindungslosen und einseitigen Waffenruhe abhängig. Nach einem Bombenanschlag des ELN im Januar 2019 auf eine Polizeischule in Bogota beendete Duque die Friedensgespräche und erliess erneut internationale Haftbefehle gegen ihre AnführerInnen. Der Abbruch führte jedoch nicht zu einer Schwächung, sondern zu einer Erstarkung des ELN. Sie nimmt die von den FARC geräumten Gebiete in Anspruch, was jedoch auch das Eindringen paramilitärischer Gruppen mit sich bringt. Das Machtvakuum löste einen richtigen Kokain-Boom aus. Laut der UNO wird momentan rund 70 Prozent des weltweit gehandelten Kokains in Kolumbien produziert. Duque reagiert, wie schon sein Ziehvater Uribe, mit harter militärischer Hand, was die Militarisierung vieler ländlicher Gebiete noch weiter vorantreibt.

Die Umsetzung des Friedensabkommens mit den FARC wird von der Regierung bewusst manipuliert. Viele Ex-Guerilleros und Guerilleras wurden von Paramilitärs ermordet. Auch die Mordrate an sozialen Aktivisten ist mit Duques Regierung sprunghaft angestiegen. Die sogenannte Wiedereingliederung der Ex-KämpferInnen kommt kaum voran. So erstaunt es nicht, dass im September des letzten Jahres ein kleiner Teil der ehemaligen FARC sich wiederbewaffnete.





Auf der Strasse war der Frauen*streik eindrücklich – in den Betrieben gehen die Schritte kleinteiliger vorstatten.

HORTBEREICH

«Wir HortnerInnen trauten uns endlich, unsere Meinung zu sagen»

Am 14. Juni 2019 schlug der Frauen*streik wie eine Bombe ein und hat sich in einer vielfältigen Bewegung unterschiedlichster Ausprägungen ausgedrückt: Viele der Hundertausenden von Frauen waren dabei das erste Mal an einer Mobilisierung. Wir haben mit HortnerInnen über ihre Erfahrungen im Betrieb gesprochen.

(az) Der selbstorganisierte Prozess, der der Demonstration im Sommer 2019 voranging, drückte die eigentliche Qualität der Vernetzung und Bewusstseinsbildung aus, dies insbesondere bei Initiativen am Arbeitsplatz. So gelang es dieser Massenbewegung, betriebliche Basisorganisationen zu stärken oder erst neu aufleben zu lassen. Das ist bemerkenswert. Für die schweizerische Gewerkschaftskultur, die sehr überschaubar und wenig dynamisch ist, sind die gemachten Erfahrungen von enormer Bedeutung. Teile des Wissens, welches sich die lohnabhängigen Frauen dabei angeeignet haben, will der Revolutionäre Aufbau Schweiz im Rahmen einer Broschüre in der nächsten Zeit veröffentlichen, dieses Wissen soll der kämpferischen Gewerkschaftsbewegung zu Teil werden. Wir haben unter anderem mit Helen und mit Johanna gesprochen. Helen arbeitet seit vier Jahren als Fachfrau Betreuung; Johanna ist seit anderthalb Jahren im selben Hort als Hortleiterin tätig.

Was sind die dringendsten Fragen, womit sich HortnerInnen im Berufsalltag herumschlagen, was sind die Themen, bei denen die Leute allenfalls auch bereit sind, sich zu wehren?

Helen: Die Stadt Zürich bietet je länger je mehr nur noch niedrigprozentige Arbeitspensen an. Dadurch wird gespart. 100%-Stellen gibt es keine mehr und 90%-Stellen nur in Ausnahmefällen. Dennoch müssen die Leute mit 70 – 80% während fünf Tagen zur Arbeit erscheinen. Das ist für viele ein Problem. Man verdient nicht viel und kann aufgrund der fünftägigen Präsenz dennoch keine andere Arbeit annehmen. Sobald aber jemand krank wird, ist die Situation prekär. Das hält viele davon ab, bei Krankheit zuhause zu bleiben. Sie wissen, dass das mehr Stress für die KollegInnen bedeutet.

Johanna: Wir erhalten erst ab vier Tagen Krankheitsausfall einen Ersatz. Es wird zwar gesagt, es gebe viele Personen im «Reservepool», welche die Krankheitsabwesenden ersetzen sollen. Wenn man jedoch anruft, dann steht niemand zur Verfügung und du führst eine Gruppe von 22 Kindern allein. Das fällt dann auch den Eltern auf. Dazu kommt, dass die Räumlichkeiten zu klein sind, um allein mit all diesen Kindern eine Aktivität zu machen. Das alles ist eine grosse Herausforderung und zerrt an der Energie.

Hattet ihr persönlich vor dem Frauen*streikjahr bereits Erfahrungen mit der Organisation am Arbeitsplatz oder in der Berufsbranche?

Helen: Als ich in der Kita ein Praktikum und die Lehre absolviert hatte, stand dies gar nicht zur Debatte. Die schlechten Arbeitsbedingungen waren zwar stets Thema, aber gewehrt hat sich niemand. Auch danach nicht. Erst seit ich Johanna kenne, die in diesem Kontext schon zuvor

aktiv war, habe ich sowas zum ersten Mal mitgemacht.

Johanna: Im Hort wussten viele nicht, was der Frauen*streik ist. Ich musste in alle Einheiten gehen und die Leute darüber aufklären und diskutieren, was unsere Forderungen sein könnten. Also jene Missstände, die wir vorher beschrieben haben. Erst dann kam ein Interesse auf.

Was hat der Frauen*streik für den Prozess in eurem Betrieb bedeutet?

Helen: Nach einigen Wochen mit Gesprächen über den Frauen*streik begann es bei vielen ArbeitskollegInnen «Klick» zu machen. Einige fingen an, die VPOD-Sitzungen zu besuchen. Irgendwann kam dann der Moment, als sich auch die Schulleitung für den Frauen*streik zu interessieren begann und diesem gar positiv gegenüberstand. In jenem Moment war die Zurückhaltung etwas verflogen. Auch die Männer haben sich gut beteiligt.

Johanna: Das war ein politisierender Moment für viele. Es gibt so viele Themen und die Leute waren motiviert. Man begann einen Elternbrief zu schreiben, in dem erklärt wurde, sie sollen die Kinder früher abholen. Man montierte Flaggen. Der Frauen*streik nahm Raum ein. Es wurde klar, dass man das darf und es gerechtfertigt ist. Natürlich ist es einfacher, wenn man weiss, dass einem dadurch nicht gekündigt wird.

Was ist euer Verhältnis zur Gewerkschaft; welche Rolle spielte der VPOD in diesem ganzen Prozess?

Johanna: Sie haben die Sitzungen organisiert, an denen man teilnehmen konnte. Man konnte daraufhin selbst initiativ werden. Man musste sich die Infos aber selbst holen, aktiv auf die Leute zugegangen ist der VPOD überhaupt nicht. Wir haben mit der selbstorganisierten Basisgruppe ‚Trotzphase‘ zusammengearbeitet und dann aber alles selbst gemacht, was unseren Betrieb betraf. Vom VPOD kamen zwar Vorschläge und Ideen, die praktische Umsetzung lag aber allein bei uns.

Welche Ziele habt ihr euch für den Frauen*streik bezüglich eurer Organisation vorgenommen?

Helen: Es ging darum, dass man sich überhaupt einmal Gedanken macht und das auch darf. Dieser Moment ermöglichte, dass sich viele Leute überhaupt einmal trauten, ihre Meinung zu sagen. Häufig wird ja gesagt, dass wir im Vergleich zu den Kitas sehr gute Arbeitsbedingungen hätten. Und dennoch sind derzeit Verschlechterungen im Gange.

Wurde in eurer Branche konkret gestreikt, und wenn ja, wie? Oder gab es andere Formen der Beteiligung?

Helen: Für uns war klar, dass wir die Kinder nicht allein hätten lassen können. Unsere Vorgesetzte – die Leitung Betreuung – meinte, es sei gut, wenn viele Frauen an die Demo gehen, die Betreuung müsse allerdings gewährleistet werden. Daraufhin sind viele Männer in die Bresche

gesprungen. Die meisten Frauen haben sich an diesem Tag rot oder violett gekleidet, haben mit den Kindern zusammen Streik-Schilder gebastelt oder sind gar nicht erst zur Arbeit erschienen.

Johanna: Ab 17.00 Uhr waren wirklich nur noch Männer am Arbeiten. Viele Kinder wurden aufgrund des Elternbriefes auch früher abgeholt. Die Eltern zeigten sich sehr solidarisch, was uns geholfen hat.

Schafft ihr es, nach dem Frauen*streik als wichtiges mobilisierendes Moment weiterhin eine Kontinuität aufrechtzuerhalten? Könnt ihr euren Forderungen immer noch Nachdruck verleihen?

Helen: Ich habe das Gefühl, dass die Luft draussen ist. Bei uns hat sich auch nichts geändert, ausser dass es für den Prozess als Team ein sehr wichtiger und ermächtigender Tag war.

Johanna: Niemand ist in der Gewerkschaft aktiv und könnte die Themen einbringen. Der Frauen*streiktag war gut, nun motzt man aber wieder über die gleichen Probleme und macht die Faust im Sack.

Aber wäre es nicht immerhin im Bereich des Möglichen, die Forderungen dennoch wieder aufzunehmen?

Helen: Ich denke, alle haben die gleiche Meinung zu diesen Fragen, man müsste es aber anpacken. Es gibt aber auch eine resignative Stimmung – man befürchtet Verschlechterungen anstelle von Verbesserungen. Wir haben viel zu wenig Kontakt zu anderen Horten, der Austausch fehlt völlig und das ist in dieser Sache ein grosses Problem. Ausser an den Kreisschulsitzungen sehen wir die MitarbeiterInnen anderer Horte nicht. Der Frauen*streik hat diese Vernetzung leider nicht vorangetrieben, es wäre aber im Grunde genommen ein Einfaches.

Fehlende Kontinuität

Die Erfahrungen von Helen und Johanna sind exemplarisch für die aktuelle Situation in den Horten und der Gewerkschaftsbewegung: Beide sind keiner Gewerkschaft angehörig, haben aber im Frauen*streikjahr begonnen, an VPOD-Sitzungen zu gehen. Die Gewerkschaftsbewegung war aber angesichts der riesigen Mobilisierung verständlicherweise nicht in der Lage, den Elan aufzufangen. Symptomatisch ist aber auch die fehlende Kontinuität. Denn die Horte waren nicht immer unorganisiert. Noch vor fünf Jahren existierte ein aktiver und kämpferischer Kern gewerkschaftlich organisierter HortnerInnen. Sie haben sich damals gegen die Einführung ebendieser schlechten Arbeits- und Betreuungsbedingungen, welche im Interview kritisiert werden, mit offensiven Schritten und dem Aufbau einer Streikbereitschaft gewehrt. Dass heute kämpfende HortnerInnen und auch eine seit längerem existierende Basisgruppe wie die Trotzphase nicht auf diese kämpferischen Erfahrungen zurückgreifen können, ist sehr lähmend. Es müssen jetzt geeignete Formen gefunden werden, diese Kontinuität der Erfahrungen zu unterstützen.

AIRBNB

Kapitalisierung von Gastfreundschaft

Der Konzern Airbnb kommerzialisiert die Gastfreundschaft. Er ist mitverantwortlich für steigende Mieten und die verschärfte Gentrifizierung in vielen Städten, auch in Zürich.

(agj) Ferienplanungen ohne Airbnb sind heute rar. Meist sind die Angebote günstiger und zentraler als jene der Hotelketten. Die Idee hinter Airbnb scheint vernünftig: Die Koordination von Menschen, die bereit sind ihre Wohnung mit Fremden zu teilen. Eine schöne Idee, bei der das Geld nicht mehr in die Taschen den grossen Hotelketten gespült werden soll, sondern zu Menschen, die genügend offen sind, ihren Wohnraum für nicht ganz so viel Geld mit Menschen von überall zu teilen.

Was sich zu Beginn als soziale ‚Sharing-Plattform‘ beschrieb, die den Zugang zu gastfreundlichen Angeboten erleichterte, zeigte sich schnell als Multi-Milliarden-Unternehmen, das von der Gentrifizierung profitiert und die Wohnungsnot vorantreibt. Der ursprünglich soziale Gedanke der Gastfreundschaft wurde durch Airbnb auf digitalem Weg kommerzialisiert und kapitalisiert. Es zeigt sich ein typisches Muster des Kapitalismus des 21. Jahrhunderts, der auch vor solidarischen Formen des Zusammenlebens keinen Halt macht und diese seiner Logik des Profits unterwirft. ‚Sharing is caring‘ heisst darin nichts anderes, als neue Wege der Profitmaximierung zu erschliessen.

Beispiel Uber

Ähnlich verhält es sich beim Konzept der Personenbeförderungs-Plattform Uber. Die Bereitschaft eine Mitfahrgelegenheit anzubieten, wird durch die digitalen Möglichkeiten der App zu einem profitablen Dienstleistungsangebot. Die Uber-Fahrenden arbeiten für einen Tiefstlohn mit schlechten Arbeitsbedingungen, während der Konzern Uber enorme Gewinne verbucht. Mit Uber verändert sich auch der gesellschaftliche Umgang mit Mitfahrgelegenheiten, Taxis und öffentlichem Verkehr. Wieso sollten noch gratis Mitfahrgelegenheiten angeboten werden, wenn über Uber sogar noch etwas dafür rausspringt? Das Angebot von Uber ist sowohl zusätzliches Angebot der Mobilität wie auch Konkurrenz zu anderen Formen der Mobilität.

Gratisangebote, wie die früher bekannte ‚Mitfahrgelegenheit‘ verschwinden, die Löhne der Taxifahrenden stehen wegen den Billigfahrten von Uber unter enormem Druck. Uber steht für die Individualisierung des Personentransports und hegt Visionen von Städten ohne öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Plattformen Airbnb und Uber (sowie ähnliche



„Selfish Economy“ - Protest gegen Airbnb in New York.

Unternehmen) sind also nicht nur profitabel für die KapitalistInnen, die sie besitzen und lenken, sie beeinflussen auch direkt unser soziales Leben und die Struktur unserer Städte.

Airbnb und die Gentrifizierung unserer Stadt

In San Francisco 2007/2008 gegründet, besitzt Airbnb inzwischen weltweit Firmensitze in Städten wie Berlin, Barcelona, Dublin. Der Marktwert der Firma ist zu vergleichen mit der weltweit grössten Hotelkette Marriot. In der Schweiz ist Airbnb am stärksten in Genf, Zürich, Basel, Lausanne, Locarno und in einigen Berggebieten verankert. 12.6% aller Angebote in der Schweiz befinden sich in Genf und 12% in Zürich. Das entspricht ungefähr 2262 Betten in Zürich. 2000 der 2800 Unterkünfte im Kanton Zürich befinden sich in der Stadt Zürich, wovon die meisten Angebote (bis jetzt über 400) in den Kreisen 4 und 5 zu finden sind.

Die Dichte der Angebote in diesen Quartieren ist kein Zufall. Die ehemaligen ArbeiterInnenquartiere erlebten in den letzten Jahren eine massive Aufwertung. Trendige Läden und das florierende Nachtleben, welche im Zuge der Gentrifizierung Angebote für das neue zahlungskräftigere Klientel anbieten, erhöhen gleichzeitig auch die Nachfrage nach Airbnb-Wohnungen in Zürich. Der Stil dieser neuen Läden, Restaurants, Kaffees und Clubs gleicht sich dabei an ein globales Bild gentrifizierter Städte an. Die Quartiere werden zu austauschbaren Orten, deren Authentizität sich auflöst. Die Angestellten müssen gut Englisch sprechen und teure Lifestyle-Produkte werden hoch angepreisen. Unbedingt muss es den Besuchenden möglich sein, über soziale Medien wie Instagram ihren Lebensstil als konsumbewusste WeltenbummlerInnen zu präsentieren. So hat Airbnb sogar die Kategorie «instagrammable» zur Bewertung der besonders trendigen Angebote eingeführt.

Während Airbnb von der Aufwertung und Verdrängung, die in Zürich stattfindet, profitiert, werden durch die Plattform viele Wohnungen den langfristig Mietenden vorenthalten. Dies verstärkt den Wohnungsmangel,

die Mietpreise steigen und die Gentrifizierung intensiviert sich auch dadurch, dass sich die Dienstleistungen im Quartier an den Bedürfnissen der TouristInnen orientiert. Wie einschneidend Airbnb tatsächlich auf den Wohnungsmarkt einwirkt, zeigt sich durch die Corona-Krise. Nun, da Vermietungen über Airbnb plötzlich nicht mehr möglich sind, steigt die Anzahl der Mietangebote auf dem Wohnungsmarkt in touristischen Städten enorm. So ist die Anzahl der zu vermietenden Wohnungen im Stadtkern von Dublin innerhalb weniger Wochen um 64% gestiegen. Dasselbe wird sich auch in anderen Städten mit vielen Airbnb-Wohnungen beobachten lassen, auch in Zürich.

Der Konzern und seine Profiteure

Auf Airbnb werden weltweit über 2,3 Millionen Objekte angeboten, was mehr ist als die drei weltweit grössten Hotelketten Marriot, Hilton und Intercontinental zusammen an Hotelzimmern besitzen. Die AnbieterInnen der Räumlichkeiten auf Airbnb sind Privatpersonen wie auch zunehmend professionelle Firmen. Die Gründe, wieso solche Unterkünfte angeboten werden, sind unterschiedlich. Die einen bieten ihre Wohnung nur während ihrer eigener Abwesenheit an, was eine teilweise Deckung von Miet- oder Hypothekarkosten ergibt. Daneben nutzen Immobilienfirmen die Plattform, um eigene oder Objekte ihrer Kunden profitabel zu verwalten und Leerstand oder allfällige Besetzungen zu verhindern.

Denn mit regelmässig über Airbnb gebuchten Wohnungen lässt sich viel mehr Geld verdienen als mit klassischen, langfristigen Vermietungen. Es handelt sich um Anbietende mit mehreren Immobilien, die einen möglichst hohen Profit erstreben und deswegen eine Vielzahl von Wohnungen dem langfristigen Mietmarkt entziehen. Nur vier Prozent all jener, die in Zürich ein Airbnb anbieten, vermieten drei oder mehr Mietobjekte zeitgleich auf der Plattform. Doch diese vier Prozent machen in der Stadt mehr als einen Fünftel aller Angebote aus.

UNVERÖFFENTLICHTE NACHRICHTEN

8.März ZH: Glasbruch bei AXA

gefunden: <https://barrikade.info/article/3240>

Als kleiner Beitrag zum internationalen Frauenkampftag haben wir heute Nacht die Scheiben der AXA-Filiale im Zürcher Kreis 5 eingeschlagen. Mit diesem Angriff gegen einen Kriegskollaborateur des türkischen Regimes senden wir unsere feministischen Grüsse insbesondere an die kämpfende Frauenbewegung in der Türkei und Nordsyrien.

Der französische Versicherungskonzern wurde schon während der heissen Phase des türkischen Angriffskrieges gegen Rojava im Herbst 2019 Ziel verschiedener Attacken. Die Gründe dafür sind etwa in dieser Erklärung <https://barrikade.info/article/2797> nachzulesen. Kurz zusammengefasst ist AXA als eine der grössten Versicherungen der Türkei nicht nur ein bedeutender türkischer Wirtschaftsakteur, sie ist via Investments in die türkische Rüstungsindustrie und einer strategischen Partnerschaft mit dem Pensionskassen-Fonds der türkischen Armee, auch ganz direkt an der Finanzierung des türkischen Militarismus beteiligt und profitiert dabei von dessen expansionistischen Kriegen.

Werfen wir zunächst einen Blick in eben jene Türkei, die vom europäischen Kapital so gehätschelt wird: Das Patriarchat wird hier von einem zunehmend faschistisch organisierten Staat flankiert, der die Rechte und Leben der Frauen ganz zuoberst auf seiner Abschussliste führt: Die derzeit von der Regierung diskutierte Gesetzesänderung, welche die Vergewaltigung minderjähriger Frauen rückwirkend legalisiert, sofern der Täter bereit ist, die überlebende Frau zu heiraten, ist dabei

nur die Spitze des Eisbergs. Sexualisierte Gewalt in Gefängnissen und Flüchtlingslagern, tausende unaufgeklärte Frauenmorde, Stigmatisierung und Verfolgung politisch aktiver Frauen, sowie äusserste Repression gegen protestierende Frauen auf der Strasse, sind die tägliche Realität der Frauen in der Türkei. Dazu kommt, nicht erst in den letzten Wochen, die barbarische Politik gegenüber schutzsuchenden Menschen, welche Frauen ganz besonders hart trifft.

Doch die Frauen sind weit davon entfernt, sich dadurch einschüchtern zu lassen. Allen Verboten und Repressalien zum Trotz nimmt die türkische Frauenbewegung ihren Platz an der Spitze des Kampfes gegen den Faschismus ein. Der 8.März in Istanbul ist jeweils eine der grössten Mobilisierungen des Jahres, wo sich zehntausende Frauen selbstbewusst der martialischen Drohung von Wasserwerfern und Gefängnis kollektiv widersetzen und damit auf die ganze Widerstandsbewegung eine kaum zu überschätzende Strahlkraft ausüben. Was für die kämpfenden Frauen in Istanbul gilt, gilt nochmal gesteigert für jene tausende Frauen, welche den Weg in die Berge gewählt haben und sich dort in den Rängen der YJA-Star und anderer Guerilla-Formationen dem türkischen Faschismus in letzter Konsequenz entgegenstellen.

Im befreiten Rojava sieht die Situation ganz anders und doch im Wesen ähnlich aus wie in der faschistischen Türkei. Auch hier ist es die massenhafte und bewaffnete Emanzipation der Frauen, die eine herausragende Antriebskraft der Revolution und ihrer Verteidigung ist. Quer durch die Gesellschaft von Nachbarschaftsräten über das Frauendorf Jinwar bis zu den Einheiten der

YPJ organisieren sich die Frauen. In einem harten und aufopferungsvollen Kampf stehen sie an forderster Front gegen die äusseren Feinde Rojavas, der Türkei, dem IS und seinen Nachfolgern, deren Bestialitäten sich ganz gezielt gegen Frauen richten. In Til Tamir und Gire Spi, wo die türkischen Invasionstruppen nach wie vor tägliche Angriffe auf Dörfer verüben, stehen viele Verteidigungslinien unter Kontrolle der Frauen-einheiten YPJ. Aber auch im Kampf gegen den inneren Feind der Revolution, das kapitalistisch sozialisierte Bewusstsein und darin speziell das Patriarchat, der mit der Übernahme der territorialen Kontrolle nicht einfach verschwindet, spielen die militärischen und zivilen Einheiten der Frauen eine Hauptrolle.

Dieses Muster - die Frauen als besonders Betroffene von Krieg, Ausbeutung und Reaktion und gleichzeitig als Triebkraft des Kampfes für eine befreite Gesellschaft - hat System. Wo man zur Zeit hinblickt in dieser Welt voller Barbarei aber auch voller aufständischer Hoffnung, ob nach Chile oder Iran, in den Libanon oder die Schweiz, überall haben die Frauen und ihre Organisationen zuvorderst in den Kampflinien ihren unverzichtbaren Platz eingenommen. Das macht Sinn, denn, um mit den Worten der grossen Revolutionärin und Frauenkämpferin Rosa Luxemburg zu schliessen: Wir haben nichts zu verlieren ausser unserer Ketten!

Es lebe der 8.März!
Es lebe die internationale Solidarität!
Es lebe die Revolution!

SPARMASSNAHMEN

Kapitalinteressen machen krank

Vor der Pandemie waren Spitäler alle paar Tage unter Beschuss: Zu viele Betten, zu lange Verweildauer, zu ineffizient, zu teuer. Glücklicherweise war die Meinung der GesundheitsökonomInnen dem grossen Teil der Bevölkerung egal und viele Privatisierungen wurden verhindert. Doch der politische Wille der Herrschenden war eisern, mit den Fallkostenpauschalen (DRG) wurde der Sachzwang zu Kürzungen sowie Arbeitshetze in den Schweizer Spitälern Realität.

(AZ) Das vielleicht einzig Positive an der Pandemie ist, dass sie das Gesundheitswesen voll ins Zentrum der Aufmerksamkeit katapultiert hat und die Kritik am Abbau der letzten Jahre in aller Munde ist. Gemäss H+, dem Verband der Spitäler, wurden die Spitäler von 1970 bis 1982 ausgebaut, worauf ab 1983 wieder abgebaut wurde. Pro 100'000 Personen gerechnet, nahm die Anzahl der Spitäler zwischen 1982 und 2015 von 7,2, auf 3,5 ab, was fast einer Halbierung entspricht. Die Zahl der Betten wurde noch stärker reduziert, von 11,9 auf 4,6. Drei Fünftel weniger Betten stehen heute also zur Verfügung als 1982. Ironischerweise sind das weniger als 1969, dem Zeitpunkt, als politisch entschieden wurde, dass ein Ausbau notwendig sei, der Staat volle Kraft in die Gesundheit der Menschen investieren soll.

Ab den 80ern übernahm der Neoliberalismus global die Macht und im Verlaufe der Jahre auch immer mehr die Köpfe. Die Spitäler wurden in der Folge marktwirtschaftlich erfasst und sollten als Feld für Privatisierungen und Investitionen eröffnet werden – Schliessungen und Abbau von Betten waren die logische Folge davon, was sich aber in der Schweiz nur schleppend und gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen liess. Eine wichtige strukturelle Voraussetzung zu dieser Entwicklung bot auch die Medizin selbst, ab den 90ern insbesondere ihre Forschung mit der radikalen Hinwendung zur evidenzbasierten Medizin (EbM). Diese methodische, einzig auf Erfolg getrimmte Zurüstung brachte die klinische Medizin in eine existentielle Abhängigkeit zur Pharmaindustrie und machte sie zunehmend zum Objekt von Profitmaximierung und Sparmassnahmen.

Ökonomische Sachzwänge erschweren den Widerstand massiv. Um das Gesundheitswesen unumkehrlich der Marktlogik zu unterwerfen, wurden 2012 die Fallkostenpauschalen (DRG) durchgesetzt, deren weitreichende Bedeutung den allermeisten nicht bewusst war. Damit hielt die Profitmaximierung und der Zwang zu Abbau und Arbeitsintensivierung auch in den Schweizer Spitälern Einzug. D.h. dass die medizinische Versorgung so organisiert wurde, dass pauschal pro Fall bezahlt wird, egal wie dieser 'Fall' verläuft. In der Konsequenz führen Komplikationen, chronische Krankheiten oder mehr Pflege als vorgesehen zu Defiziten. In Zürich geriet das Triemli als zu teuer unter Dauerbeschuss. Die Stadt entschied deshalb, den Busenfreund des Kapitals, André Zemp, zum Direktor der Stadtspitäler zu machen. Seine Qualifikation dafür ist nur diese: Als ehemaliger 'Berater' lässt er sich gerne gegen hohes Entgelt zu Gesundheitsfragen von der KPMG beraten und was die raten, wissen wir auch gratis.

Profit geht über Leichen

Die Schweiz steht nicht alleine da. Das Kapital, das nach lukrativen Investitionsmöglichkeiten sucht, kennt keine Grenzen. Es verlangt danach, überall zu investieren und das Gesundheitswesen bietet sich dafür an. Ge-



Spruch in Zürich, der die Probleme auf den Punkt bringt

nau wie die Bildung oder der Wasser- und Strommarkt ist auch der Gesundheitsbereich noch weitgehend staatlich organisiert und könnte deshalb von Privaten übernommen werden – allerdings nur in den lukrativen Teilen, die teuren chronisch Kranken sollen in der Pflege des Staates bleiben. Ausserdem wird die Kundschaft nie fehlen. Selbst wenn sich die Kranken verschulden müssen, werden sie Dienste in Anspruch nehmen wollen – wie unglaublich zynisch und praktisch.

Grève illimitée

Wo gespart und privatisiert wurde, wurde auch immer wieder gekämpft – leider nicht nur mit Erfolg. In Spanien beispielsweise hatte das Spitalpersonal über Monate gestreikt und schliesslich aufgeben müssen. In Frankreich war die Streikbewegung (die symbolischen Charakter hat, da immer voll gearbeitet wurde) der Spitäler im März 2019 von Notaufnahmen losgetreten worden und befand sich immer noch im Wachstum, als die Pandemie das Land erfasste. Die Arbeitsbedingungen der ÄrztInnen und Pflegenden sind schon lange auf allen Ebenen untragbar. Das Spitalpersonal ist völlig überlastet und miserabel bezahlt, weshalb sich viele entschieden haben, lieber arbeitslos zu sein, als diese Arbeit zu machen. Einige Spitäler Frankreichs schlossen, weil sie kein Personal mehr hatten und schliessen mussten. Diesen Januar haben massenhaft Ärzte und Ärztinnen eine neue Aktionsform gefunden: Sie haben gekündigt und zwar nicht ihre medizinische Arbeit, sondern die Sitzungen. Sie verweigern den Dialog über Wirtschaftlichkeit und Sparmassnahmen, da ihnen ja ohnehin kein Gehör geschenkt wird.

Während der Pandemie hört die Politik nun plötzlich auf das Spitalpersonal, doch geht Abbau immer schneller als Aufbau und das strukturelle Problem von zu wenig Personal und zu wenigen Betten kostet viel und braucht Zeit. Macron verspricht vollmundig Milliarden, die Medien machen sich derweil offen über den vom Saulus zum Keynesianisten gewandelten Marktliberalen lustig. Das Spital-Personal rümpft indessen nur die Nase und kämpft weiter, denn es braucht weitaus mehr, um den Zustand in den Griff zu bekommen.

Wir hoffen auf Schadenfreude

Ein zweiter positiver Punkt der Pandemie könnte sein, dass sie Macron den Posten kosten könnte. Wir hoffen doch sehr, dass auch die kleineren Fische in der Schweiz wie Thomas Heiniger, der zu seinem eigenen Glück schon letztes Jahr abgewählt wurde und den Posten an die SVP-Hardlinerin Natalie Rickli abtrat, ins Kreuzfeuer der Kritik geraten werden. Von Herzen wünschen wir das insbesondere André Zemp, den wir uns gut als Moderator einer Kochsendung auf Tele-Züri vorstellen können. Vom Gesundheitswesen sollen die Consultants zukünftig aber die Finger lassen, sie sind das Problem, nicht die Lösung.

MERKE

In dieser Rubrik zeigen wir euch Bilder von Bullen. Die Anonymität ist eine ihrer Waffen. Merkt euch darum ihre Gesichter. Je besser und schneller wir sie an Demos und Aktionen erkennen, umso schwerer machen wir ihnen ihre Arbeit und schützen uns selber vor Repression. Schickt uns eure Fotos!

Wenn StaatsanwältInnen, wie jene von der Krawallgruppe, an den 8. März kommen, dann erwarten sie entweder etwas oder aber es hat sich rumgesprochen, dass es eine lebendige und widerständige Frauenbewegung gibt...

Bild links: Staatsanwalt Lüscher am 8.3.

Bild rechts: Leuenberger. Ermittlungsabteilung Lageeinschätzung und Organisation Gefahrenabwehr und Einsatz.



Robert Misik

Die falschen Freunde
der einfachen Leute
edition suhrkamp

SV

Robert Misik: Die falschen Freunde der einfachen Leute.

Der Titel des Buches «die falschen Freunde der einfachen Leute» ist irreführend. Erstens werden die «falschen Freunde» – also die Repräsentanten eines autoritären Nationalismus in europäischen Staaten – nur am Rande erwähnt. Zweitens wird der Begriff der «einfachen Leute» zunächst zwar eingesetzt, dann aber gleich wieder in den Wind geschlagen: Die einfachen Leute, das ist der Lieblingsbegriff, den die Rechten benutzen. Die Rede von den einfachen Leuten, die angeblich nicht mehr gehört werden und deren Ängste nicht wahrgenommen werden, ist bekannt. Es ist wenig überraschend, aber die «einfachen Leute» existierten in dieser Homogenität bis heute nie, wie auch Robert Misik weiss. Den Titel hat er höchstwahrscheinlich dennoch oder gerade deshalb bewusst gewählt.

Das Angebot an Deutungen für den Aufstieg der Rechten ist unübersichtlich. Häufig ist dabei von den einfachen Leuten die Rede. Ob in Form von Politikverdrossenheit oder gestaltloser Wut, ob in der Rede von ökonomischen Faktoren oder einer angeblichen kulturellen Abwertung von Menschen mit konventionellen Lebensstilen; jede dieser Antworten greift gemäss Robert Misik zu kurz. Das Proletariat war schon immer eine heterogene Klasse unterschiedlichster Prägung – und doch ist es heute mit besonderen Bedingungen konfrontiert, die in ihrer Wucht alle treffen, wie schon der Rückentext des Buches ankündigt: «Der Verwundbare schätzt nicht den Wandel, sondern Stabilität und Gemeinschaft. Für die oberen Schichten bedeutet Wandel, dass du dich weiterentwickelst oder ein Start-up gründest. Für die Arbeiterklasse heisst Wandel meist, dass du gefeuert wirst». Besser könnten die heutigen Bedingungen nicht beschrieben werden. Für eine Linke, die sich zeitweise gerne einmal in akademischen Diskursen verrennt, ist diese erfrischende Lektüre empfehlenswert. Eine Lektüre, die mitunter davor warnt, das Gemeinsame der Lebensrealitäten proletarischer Klassen zu vergessen.

Robert Misik, *Die falschen Freunde der einfachen Leute*, Edition Suhrkamp 2741, 138 Seiten, ISBN: 978-3-518-12741-4.



Liam Ó Ruairc

NORDIRLAND ZWISCHEN KRIEG UND FRIEDEN

Der gescheiterte Aufbau
nach der Niederlage der IRA

PROMEDIA

Liam Ó Ruairc: Nordirland zwischen Krieg und Frieden.

Rund ein Jahr nachdem Liam Ó Ruaircs Aufarbeitung der Befriedung des Konflikts in Nordirland ursprünglich auf englisch veröffentlicht wurde, steht nun die deutsche Übersetzung mit einem Vorwort von Dieter Reinisch bereit. In seiner Originalversion benennt der Titel dieser Arbeit den Gegenstand der Untersuchung wohl treffender als in der Übersetzung, nämlich «Peace or Pacification», was sich mit «Friede oder Befriedung» übersetzen lässt. Denn ein Kernziel dieser Arbeit ist es, die Propaganda zu durchkreuzen, wonach das, was in den vergangenen Jahrzehnten rund um das Good-Friday-Abkommen von 1998 in Nordirland geschah, ein authentischer Friedensprozess war, mit einer ehrlichen und gerechten Aufarbeitung des bewaffneten Konflikts in der Gesellschaft oder einer Friedensdividende für viele.

Ó Ruaircs Ansatz ist erhellend parteiisch. Als Marxist verortet er die Geschichte von Irland von Beginn an in einem antiimperialistischen und antikolonialen Kontext, vergleichbar mit jenen Analysen in Zusammenhang mit Palästina von Edward W. Said und anderen. Es ist ein schonungsloser Blick, der aber umso notwendiger ist, weil die Befriedung Nordirlands auch vielerorts sonst als Musterbeispiel für die Beendigung eines bewaffneten Konflikts herbeigezogen wird (man denke an das Baskenland, Kolumbien oder Kurdistan). Schaut man allerdings genauer hin, dann wird klar, dass dieser Konflikt nur dadurch beendet wurde, dass die republikanische Bewegung – vertreten durch Sinn Fein und Provisional IRA – eine Niederlage auf allen Ebenen kassierte. Eine Niederlage, die insbesondere die vormalige Führung der Bewegung zu kaschieren versucht, indem im Nachhinein die Kriterien von Sieg oder Niederlage verschoben wurden. Vormalige politische Zielsetzungen werden entpolitisiert, indem die noch auzutragende Auseinandersetzung oberflächlich auf eine kulturelle Angelegenheit reduziert wird zwischen jenen, die lieber die irische Fahne hissen, und anderen, die die Union Jack mögen.

Liam Ó Ruairc: *Nordirland zwischen Krieg und Frieden. Der gescheiterte Aufbau nach der Niederlage der IRA*, Promedia 2020. ISBN: 978-3-85371-470-6.

DAS MUSEUM DER WÜRDE IN SANTIAGO DE CHILE

Spiegel der Proteste in Santiago de Chile

Seitdem die Proteste in Chile begonnen haben, verarbeiten Künstlerinnen und Künstler an den Wänden die gesellschaftlichen Umbrüche. Ein Kollektiv von jungen AktivistInnen fasst herausragende Arbeiten in goldene Rahmen, damit diese erhalten bleiben - so entstand das Museum der Würde.

(gpw) Jede Protestbewegung hat seine eigene Protestkultur. Aus Lateinamerika kennt man unter anderem die sogenannten Murales, politische Wandbilder, die in den letzten Monaten in ganz Chile wie Pilze aus dem Boden schossen. Hauptort der Auseinandersetzungen in Santiago de Chile ist die «Plaza de la Dignidad» (Platz der Würde, früher Plaza Italia), in deren Umgebung sich unzählige Wandbilder befinden. Ziel des Museums der Würde ist es, die Kunstwerke zu konservieren, damit nicht vergessen geht, warum grosse Teile der chilenischen Gesellschaft seit dem Oktober 2019 auf die Strasse geht. Es ist also auch ein chronikalischer Akt. Das Einrahmen bringt den Menschen die Kunst auf eine niederschwellige Art nahe. Sie kann ungeplant, jeden Tag genossen werden; Eintrittskarten oder Einladungen sind nicht nötig. Unter den Werken befinden sich Graffitis, Collagen, Digitaldrucke auf Papier und Gemälde.

Einen gewissen Respekt vor den Werken scheint selbst der Repressionsapparat zu haben. Die eingerahmten Wandbilder werden bei Übermalaktionen stehen gelassen. So wurden eines Nachts alle Kunstinterventionen in der Nähe der Plaza de la Dignidad mit grüner Farbe, die Farbe der Carabineros, überstrichen und mit weisser Farbe Unterstützungsparolen für die Polizei wie «Carabineros von Chile, Vielen Dank!» darauf geschrieben. Die einzigen verschonten Werke waren diejenigen mit dem goldenen Rahmen. Natürlich wären auch andere Wandbilder, Sprays und Plakate zu würdigen, die nicht eingerahmt wurden und die wahrscheinlich auch einen radikaleren Ausdruck hätten.

Wir wollen hier einige der Werke des Museums der Würde abdrucken. Alle 14 Werke, die bis jetzt eingerahmt wurden, findest du auf Instagram: @museodeladignidad



Diese bunte Zeichnung stammt vom Künstler woltron. Zu lesen ist «bis Sie alles zurückbekommen» und «wir werden gewinnen». Neben den verschiedenen Fahnen die für den Protest stehen, wie die schwarze Chile Fahne und die Mapuche-Flagge sind auch Maskottchen des chilenischen Protests zu sehen. Der Pikachu ist in Form einer tanzenden Figur im Protest aufgetaucht und der schwarze Hund mit dem roten Halstuch ist eine Strassen-Köter-Legende. Natürlich dürfen auch Forderungen nicht fehlen, die in Form von pancartas im Bild integriert sind.



Dem schwarzen Hund ist sogar ein eigenes Werk gewidmet vom Künstler Tomas Saavedra.



Mit der Collage Santísima Dignidad der Künstlerin Paloma Rodríguez ist auch der Frauenkampf im Museo dela Dignidad repräsentiert. Das grüne Halstuch steht für den Kampf für eine freie, sichere und kostenlose Abtreibung.



Der chilenische Künstler Miguel Ángel Castro schuf diese Version von Guernica mit einigen der wichtigsten Meilensteine der Proteste, der Repression und der Krise, die am 18. Oktober in Chile ausbrachen. Nachdem die Illustration in den sozialen Medien veröffentlicht worden ist, wurde das Werk auf verschiedenen Wänden in Santiago de Chile reproduziert.

Das Original von Pablo Picasso entstand 1937 als Reaktion auf die Zerstörung der spanischen Stadt Guernica (baskisch Gernika) durch den deutschen und italienischen Luftangriff im Zweiten Weltkrieg, die während des Spanischen Bürgerkrieges auf Seiten Francos kämpften.

IMPRESSUM Herausgeberinnen: Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich/Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org/Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org
Redaktion (red): Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk), Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agi) **Redaktion und Vertrieb Schweiz:** aufbau, Postfach 8224, 8036 Zürich, PC-Konto 80-33638-5
 Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU Basel: Bläsiring 86 (Parterre), Öffnungszeiten auf Anfrage, E-Mail: basel@aufbau.org **Winterthur:** Grenzstrasse 38, E-Mail: winterthur@aufbau.org
Zürich: Meinrad-Lienertstrasse 15, im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus), jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

VERKAUFSTELLEN Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich/ Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich/Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur/Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4/Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern/Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern/Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen/Buchhandlung Waser, Rümelinsplatz 17, 4001 Basel/Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel. **Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg/Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstraße 125, 70190 Stuttgart/Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D – 70199 Stuttgart-Heslach/Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn/Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg/Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43, 80799 München/Buchladen M99, Mantuffelstr. 99, 10999 Berlin/Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.